

vom Ratsbüro genehmigt
am 4. September 2001

PROTOKOLL

der **12.** Sitzung
vom Dienstag, 28. August 2001
17.00 - 19.30 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Peter Neukomm (SP) Präsident 2001
Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)
Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)
Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 45 Mitglieder
3 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Oskar Brütsch (FDP)
Susanna Freivogel (SP)
Roland Schöttle (FDP)
Peter Wullschleger (CVP)
SR Veronika Heller
SR Thomas Feurer

für den Anfang der Sitzung: Dieter Amsler (FDP)
Rolf Amstad (SP)
Annina Keller (OeBS)
Edgar Mittler (FDP)

Traktanden:

- 1. VdSR - Kooperationsprojekt Forsthaus 2000: Definitive Weiterführung als zweite Gruppe in der städt. Kinderkrippe Forsthaus ab Januar 2002 Seite 367**
- 2. MOTION Urs Tanner (SP)
Finanzielle Anreize für mehr Krippen- und Hortplätze** **Seite 379**

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

8.11.00	VdSR - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen	SPK
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
3.04.01	INTERPELLATION Bea Hauser (SP) Gefährdete Poststellen in Schaffhausen?	
8.05.01	INTERPELLATION Andres Bächtold (SP) "Verlotterte Gebäude sind auch Schulden"	
8.05.01	Vorlage des SR Richtplan Parkierung	SPK
15.05.01	INTERPELLATION Iren Eichenberger (OeBS) "Jugendleitbild/Leistungsauftrag VSFZ"	
15.05.01	VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001	GPK
4.06.01	Motion Rolf Amstad (SP) - Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen	
12.06.01	Motion Christian Hablützel (SP) - Keine Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken!	
18.06.01	INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) - Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren	
19.06.01	VdSR - Baurecht "Rheinhalde" (Ulmer/Zarotti Architekten, 8200 SH) GB Nr. 10'668 auf GB Nr. 9260 - Flächenreduktion	GPK
26.06.01	VdSR - GB Nr. 3930, Betonaufbereitungsanlage Solenberg; Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag	GPK
26.06.01	VdSR - GB Nr. 4442, Belagsaufbereitungsanlage Solenberg; Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag	GPK
25.06.01	MOTION Peter Wullschleger (CVP) im Namen der Fraktions- gemeinschaft FDP/CVP u. SVP/EDU - Gesunde und attraktive Finanzen	
24.07.01	VdSR - Sanierung und Aufwertung einzelner Zivilschutzanlagen	SPK
14.08.01	INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) - Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u. Schutz von Eigentum	

Kleine Anfragen von

Susanne Günter (FDP)	Gestaltung der Oberfläche des Herrenackers	05.06.01	8/2001
Christian Meister (SVP)	Ausbau des Gasleitungsnetzes nach Beringen	16.07.01	9/2001
Christian Meister (SVP)	Energieversorgung KSS	16.07.01	10/2001
Christian Bächtold (FDP)	Sporthallen	21.07.01	11/2001
Christian Bächtold (FDP)	Zusammenlegung der Verwaltungen Verkehrsbetriebe u. Schifffahrt U'see u. Rhein	2.08.01	12/2001
Thomas Hauser (FDP)	StadtschaffhauserInnen und die AXPO	25.08.01	13/2001

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 - VdSR - Kooperationsprojekt Forsthaus 2000:
Definitive Weiterführung als zweite Gruppe in der städt.
Kinderkrippe Forsthaus ab Januar 2002**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage vom 2. Mai 2001 zu und heisst die Anträge des SR mit **44 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. Mai 2001 betreffend das Kooperationsprojekt Forsthaus 2000 und dessen definitive Weiterführung als zweite Gruppe in der Kinderkrippe Forsthaus (Kostenstelle 5403) ab Januar 2002.
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt die definitive Weiterführung der Kleinkindergruppe 'Zwärgli' im Rahmen des Gesamtkonzeptes Kinderhaus Forst ab dem 1. Januar 2002.
3. Der Auftrag, für vier Krippenplätze eine externe kostendeckende Finanzierung zu realisieren, bleibt grundsätzlich auch für den zusammengeführten Betrieb Kinderkrippe Forsthaus bestehen.
4. Der Stadtrat wird beauftragt, auch zukünftig und als mittel- bis langfristige Aufgabe die Kooperation mit der Privatindustrie im Bereich Kinderbetreuung zu suchen und diese zur Führung von eigenen Tagesstätten zu motivieren.
5. Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Kinderkrippe Forsthaus die folgende Erweiterung des Stellenplans:

Alt:	Kleinkinderzieher/-in	06-10	180 Stellenprocente
	Betriebsangestellte/-r II	03-05	12 Stellenprocente
Neu:	Kleinkinderzieher/-in	06-10	360 Stellenprocente
	Betriebsangestellte/-r II	03-05	50 Stellenprocente

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 - MOTION Urs Tanner (SP) **Finanzielle Anreize für mehr Krippen- und Hortplätze**

Die Motion wird begründet, von Stadtrat Urs Hunziker beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Rat überweist die Motion mit folgendem Wortlaut unter Namensaufruf mit 25 : 21 Stimmen:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem GrSR Bericht und Antrag zu stellen zu:

Erlass einer Subventionsverordnung, in welcher geregelt werden sollte, wieviel staatlich anerkannte Krippen und Horte an Subventionen seitens der Stadt Schaffhausen erwarten dürfen.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Peter Neukomm (SP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN

Auf den Pulten liegt folgende Information:

Einladung zur Impulstagung der Schaffhauser Kontaktstelle Schweizer-Ausländer vom 15. September 2001, 14.00 Uhr in der La Résidence Stettenerstrasse 95

Der Ratspräsident verliest eine Erklärung von GrSR Christian Meister (SVP) vom 28. August 2001 zur **Kleinen Anfrage "Ausbau des Gasleitungsnetzes nach Beringen"** v. 16.7.01. Er nimmt darin Bezug auf ein Votum von GrSR Bernhard Egli, welcher Chr. Meister an der letzten Ratssitzung empfahl, diese Kleine Anfrage in eine Interpellation umzuwandeln.

"Mit meiner kleinen Anfrage zu einem möglichen Ausbau des Erdgasnetzes nach Beringen, bezwecke ich lediglich, Auskunft über finanzielle Auswirkungen und Folgen für die städtische Betriebsrechnung zu erhalten.

Da von einem Ausbau in physischer Hinsicht die Bevölkerung Beringens betroffen ist, erübrigt sich deshalb meines Erachtens eine Diskussion in unserem städtischen Parlament.

Ich belasse es deshalb bei dieser kleinen Anfrage."

Neu eingegangene Geschäfte:

KLEINE ANFRAGE von
Thomas Hauser (FDP)

StadtschaffhauserInnen und die AXPO 25.08.01 Lauf-Nr. 13/2001

Die GPK hat die folgenden zwei Geschäfte verhandlungsbereit gemeldet:

- | | | |
|----------|---|-----|
| 26.06.01 | VdSR - GB Nr. 3930, Betonaufbereitungsanlage Solenberg;
Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag | und |
| 26.06.01 | VdSR - GB Nr. 4442, Belagsaufbereitungsanlage Solenberg;
Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag | |

Diese beiden Geschäfte werden auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung gesetzt.

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 11 vom 14. August 2001 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Verena Stutz (SP)

"Ich beantrage Änderung der Traktandenliste.

Ich bitte Sie, die Motion Tanner von Platz 4 auf Platz 2 vorzuverlegen, anschliessend an die Forsthaus-Vorlage.

Für die Begründung muss ich ein wenig ausholen: Die Motion Tanner gehört wie die Forsthaus-Vorlage zum Themenkreis Krippen und Horte. Und indirekt ist sie auch mit

dem Tagesschul-Versuch in Herblingen verbunden, der im Sommer 2002 ausläuft und über dessen Zukunft in der Arbeitsgruppe bereits heute nachgedacht wird.

Der Versuch wird von allen Seiten unterstützt und gemäss einer Umfrage sind die Herblinger Eltern stolz auf ihre Tagesschule.

Die Abklärung der Kosten hat gezeigt, dass eine Abstimmung speziell zur Herblinger Tagesschule nötig ist. Dabei würde sich die Diskussion (auch die moralische) sehr auf eine einzige Einrichtung und ein Quartier fokussieren.

Die Diskussion in der SPK zur Kinderkrippe Forsthaus und ergänzende Überlegungen zur Motion Urs Tanner zeigten, dass in der Stadt die gesetzlichen Grundlagen für die Bundessubventionen, aber auch der gesetzliche Standard für Qualitätskontrolle und -sicherung fehlen. Weiter muss auch das Tarifsysteem überarbeitet werden.

Die Arbeitsgruppe ist der Meinung, dass es sinnvoll ist, für die ganze Stadt Grundsätze festzulegen und eine allgemeine Diskussion dazu zu führen. Mit der Motion Tanner könnten dahin gehend Grundlagen geschaffen werden.

Das WIE WEITER mit der Tagesschule hängt eng damit zusammen. In welche Richtung die Lösung gehen muss, kann die Diskussion Tanner aufzeigen.

Das Ganze ist - weil Ablauf im Sommer 2002 - unter Zeitdruck. Die Angestellten müssten theoretisch im Januar/Februar 2002 wissen, wie es weitergeht. Und politische Schritte, welche möglicherweise eine Abstimmung beinhalten, brauchen Zeit, das wissen wir alle.

Damit die zuständigen Stellen so rasch wie möglich weiterarbeiten können, beantrage ich im Namen der Arbeitsgruppe diesen Traktanden-Tausch und kann dabei auch die Zustimmung der SP-Fraktion signalisieren."

Da kein Gegenantrag gestellt wird, wird dem Antrag von Verena Stutz (SP) statt gegeben.

Die Tagesordnung wird im übrigen genehmigt.

**Traktandum 1 VdSR - Kooperationsprojekt Forsthaus 2000: Definitive
Weiterführung als zweite Gruppe in der städt. Kinderkrippe
Forsthaus ab Januar 2002**

EINTRETENSDEBATTE

Diese Vorlage wurde in einer 11er-SPK vorberaten.

Josef Eugster (SVP) Präsident SPK*

"Wir entscheiden heute über die Weiterführung des zweijährigen Versuchsbetriebes der Kinderkrippe an der Hauentalstrasse. Dabei geht es darum, den seit Januar 2000 bis Dezember 2001 geführten Versuchsbetrieb in ein Definitivum zu überführen.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen einem Kindergarten und der familienergänzenden Kinderbetreuung vor und nach dem Kindergarten- resp. Schulunterricht. Es handelt sich dabei um Kinder im Alter von 3 bis ca. 10 Jahren.

Seit 1994 werden im Parterre des Forsthauses an der Hauentalstrasse 15 - 18 Kinder, in Tagesgruppen von durchschnittlich 10 Kindern, betreut und gepflegt.

Im - durch die Ausgliederung des Kindergartens - frei gewordenen 1. Stock wurden im vorerwähnten Versuch 8 Krippenplätze für Kleinkinder im Alter zwischen 4 Monaten und 3 Jahren geschaffen, mit dem Ziel, dass 4 der 8 Plätze von Firmen für die Kinder von Mitarbeiter/innen kostendeckend finanziert werden.

Trotz intensiver Bemühungen in der Industrie und in der Privatwirtschaft gelang es zunächst nicht, Firmen zu finden, die sich an der Finanzierung beteiligen würden. Ende Dezember 1999 erklärte sich dann die Knorr-Nährmittel AG bereit, die Finanzierung von 4 Krippenplätzen zu übernehmen.

Dieselbe Firma hat sich bereit erklärt, ab dem Jahre 2002 für ein weiteres Jahr 3 Krippenplätze zu finanzieren.

Leider konnten bis heute keine weiteren Firmen mit einbezogen werden. Das bedeutet, dass je nach Wirtschaftslage die Privatwirtschaft mitmacht oder eben nicht, und eine langfristige Einbindung sehr wahrscheinlich nicht möglich sein wird.

Zu diskutieren gab auch das Mindestalter der Kinder ab 4 Monaten. Ich könnte mir vorstellen, dass es einige Überwindung für eine Mutter braucht, ihr Kind in diesem Alter in die Obhut fremder Leute zu geben, da gerade während den ersten 2 Jahren die Kind-Mutter-Beziehung von grosser Bedeutung ist. Ich hoffe, dass wir uns nicht im Nachhinein Vorwürfe für Fehlentwicklungen solcher Kinder machen müssen.

Wie wohl den meisten von uns bekannt ist, fehlt es zur Zeit nicht nur an Krippenplätzen, sondern auch an ausgebildeten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Durch die Aufstockung der Krippenplätze muss auch das Personal entsprechend ergänzt werden, d.h. der Stellenplan wird bei den Kleinkinderzieher/innen von 180 auf 360 Stellenprozent erweitert. Die Aufstockung von 12 auf 50 % bei den Betriebsangestellten ist notwendig für den gesamten hauswirtschaftlichen Bereich: Einkauf, Reinigung und Hygiene sowie Vor- und Zubereiten der Mahlzeiten für beide Gruppen.

Sicher positiv zu werten ist, dass damit ein Ausbildungsplatz geschaffen werden kann!

Das Ganze ist nun auch mit Kosten verbunden.

Wie Sie der Beilage 2 in der Vorlage entnehmen können, ist für das Jahr 2002 ein Ausgabenüberschuss von Fr. 183'000.-- budgetiert.

Es ist sicher verständlich, dass die öffentliche Hand verpflichtet ist, entsprechende Leistungen zu erbringen. Die Frage ist nur, wie hoch diese Leistungen sein müssen.

Was bestimmt irreführend ist, ist die Aussage, dass für jeden eingesetzten Franken 3 bis 4 Franken an die Gesellschaft zurückfliessen.

Kinderkrippen werden immer ein entsprechendes Defizit ausweisen. Die Krippen sollen in der heutigen Form in erster Linie für Notfälle und sozial Schwache zur Verfügung stehen.

Alle übrigen Benutzer müssen sich entsprechend ihrem Einkommen an den Kosten beteiligen. Das bedeutet, dass in diesem Fall dringend Handlungsbedarf besteht. Das Tarifsysteem muss so angepasst werden, dass Eltern mit einem entsprechenden Einkommen sich an den Kosten beteiligen, je nach dem bis zu den Vollkosten. Nach dem heute geltenden Tarifsysteem ist der Höchstbetrag bei Fr. 56.--/Tag angesetzt, was etwa der Hälfte der Vollkosten entspricht.

Ich hoffe, dass die Vollkosten für einen Krippenplatz bis Ende 2001 bekannt sein werden. Im gleichen Zug muss ebenfalls ein Subventionsreglement für privat geführte Krippen erarbeitet werden.

Man kann davon ausgehen, dass mit diesen Massnahmen auch private Initiativen zur Führung von Kinderkrippen gefördert werden.

Das bedeutet aber wiederum, dass ein Qualitätssicherungssystem von Seiten der Stadt erarbeitet werden muss.

Ebenfalls ist es unerlässlich, dass Grundlagen für ein entsprechendes Controlling erarbeitet werden. Gerade bei privat geführten Krippen ist es im Interesse des Kindes notwendig, dass laufend entsprechende Kontrollen durchgeführt werden.

Zu diskutieren gab auch der letzte Abschnitt auf Seite 4 der Vorlage.

Einige SPK-Mitglieder konnten sich mit der Auffassung des Stadtrates „dass mit der Integration des Kooperationsprojektes Forsthaus 2000 das städtische Grundangebot den definitiven Ausbaustand erreicht hat“ nicht anfreunden.

Nach ausführlichen Diskussionen konnte dann diesem Punkt doch mehrheitlich zugestimmt werden.

Sobald die Tarifrevision und das Subventionsreglement über die Bühne sind, muss die Stadt Privatinitiativen aktiv unterstützen. Kann jedoch von privater Seite die Nachfrage nach Krippenplätzen nicht gedeckt werden, so muss der Stadtrat erneut über die Bücher.

Wichtig ist jedoch, dass die Stadt nicht zum Spielball der Industrie wird.

Die SPK stimmte der Vorlage einstimmig, bei einer Abwesenheit, zu.

Ich bitte Sie, der Vorlage ebenfalls zuzustimmen, damit der Betrieb im Forsthaus ab Januar 2002 weitergeführt werden kann.

Zum Schluss möchte ich allen SPK-Mitgliedern, Herrn Stadtrat Urs Hunziker und Frau Angelika Tschanen für die aktive Mitarbeit danken. Ebenfalls möchte ich mich bei Frau Margrit Steiger bedanken für die gut und speditiv abgefassten Protokolle."

Josef Eugster (SVP) Fraktionserklärung SVP und FDP
"Die SVP und FDP-Fraktionen werden der Vorlage zustimmen."

Theresia Derksen (CVP) Votum *
"Dem Präsidenten der SPK, Sepp Eugster, danke ich für die umsichtige Leitung der Kommissionssitzungen."

Auf die Vorlage wird die CVP einstimmig eintreten und den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Insbesondere unterstützen wir folgende Punkte, die in der Vorlage Seite 5 Erwähnung finden:

- Unterstützung von Privatinitiativen
- Erarbeitung eines Subventionsreglementes inkl. gesetzlicher Grundlagen sowie Festlegung von Bewilligungsverfahren - wobei hier wohl zuerst die vorgeschriebenen Rahmenbedingungen des Bundes abgewartet werden müssen. Stimmt nach dem Nationalrat auch der Ständerat der Initiative der SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr zu, die verlangt dass der Aufbau von Betreuungsplätzen unterstützt werden soll, können in frühestens zwei Jahren die ersten Zahlungen erfolgen.
- Schaffung eines Elterntarifsystems, dessen höchster Betrag kostendeckend ist.

Meist sind es Eltern, die ihre Verantwortung gegenüber ihrem Kind wahrnehmen, die ihr Kind in einem Hort- oder Krippenplatz betreuen lassen, und dies meist nicht während einer ganzen Woche, sondern nur während einem Teil der Woche, zum Beispiel nur an zwei Tagen. Die meisten Kinder sind also nur teilzeitlich im Hort oder in der Krippe untergebracht, während die Mütter oder die Väter einer Teilzeitarbeit nachgehen, sei es, weil sie finanziell darauf angewiesen sind, sei es, weil sie es sich nicht leisten können, mehrere Jahre nicht im Beruf tätig zu sein - letzteres trifft vor allem für sehr gut ausgebildete Personen zu. So haben zum Beispiel fast 40 % der Akademikerinnen mit vierzig noch kein Kind.

Die städtischen Hort- und Krippenplätze sind heute vor allem aber den Notfällen vorbehalten. Angewiesen auf gute Betreuungsplätze sind vor allem allein erziehende Mütter, die aus finanziellen Gründen gezwungen sind, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Nicht alle Eltern können eine private, kontinuierliche, regelmässige Betreuungsmöglichkeit organisieren. Die Grosseltern, zum Beispiel, wohnen oft nicht am selben Ort wie ihre Enkel, und auch sonst können und wollen nicht alle Grosseltern ihre Enkel regelmässig und zu gewissen Zeiten betreuen.

Gute Betreuungsmöglichkeiten soll es nicht nur für jene Eltern geben, die eine AHV haben (AHV = Alter Hilft Vergebens).

Für ein Kind ist - solange es gestillt wird - wohl tatsächlich die Mutter die wichtigste Person. Doch sollen die Erziehungs- und Kinderbetreuungsaufgaben nicht nur an die Frauen delegiert werden. Der Vater gehört von Anfang an dazu. Er soll und kann auch seinen Anteil an Zeit für die Erziehung und die Betreuung der Kinder beitragen. Bei gleich guter Ausbildung der Eltern ist es nicht einzusehen, warum nur die Frau im Beruf zugunsten der Kinderbetreuung zurückstecken soll.

Dass der Stadtrat die Kooperation mit der Privatindustrie im Bereich Kinderbetreuung sucht und diese zur Führung von eigenen Tagesstätten zu motivieren versucht, finde ich lobenswert. Ich würde mir wünschen, dass die Wirtschaft ihren Teil der Verantwortung echt wahrnehmen und ihre Unterstützung, zum Beispiel mit der Finanzierung von Krippenplätzen, auch längerfristig gewährleisten würde.

Zum Schluss noch eine Bemerkung: Was glauben Sie, warum in den umliegenden Ländern das Angebot von ausserfamiliären Betreuungsplätzen um einiges besser ist? Wohl deshalb, weil die Wirtschaft nach dem Krieg die Frauen zum Wiederaufbau der kaputten Fabriken brauchte und viele Männer nicht mehr nach Hause kamen. Hierzulande kamen die Männer nach Hause, nahmen ihren Platz am Erwerbsarbeitsort wieder ein, und weil die Fabriken noch standen, verdienten sie auch schnell soviel, dass sie eine ganze Familie damit ernähren konnten. Und die Männer waren stolz, sagen zu können: "Meine Frau muss nicht arbeiten gehen."

Heute ist die Situation wieder etwas anders. Wie bereits gesagt, reicht heute nicht jeder Arbeitslohn für eine ganze Familie, zudem erlaubt es unsere "schnell lebige" Zeit nicht, dass man länger nicht in seinem Beruf arbeitet. Aber auch heute sind Kinder unsere Zukunft. Wenn aber gute Kinderbetreuungsangebote fehlen, dann werden sich verantwortungsvolle Eltern und gerade auch gut ausgebildete Eltern nicht für Kinder, sondern für den Beruf entscheiden.

In zehn Jahren wird auch die Zuwanderung aus dem Ausland das negative Wachstum der Schweizer Bevölkerung nicht mehr ausgleichen können.

Die gegenwärtige Entwicklung ist nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch politisch heikel, denn bald wird jeder zweite Stimmberechtigte in Rente sein. Das könnte zwangsläufig zu einer politischen Benachteiligung der jungen Generation führen, die den Staat wirtschaftlich tragen muss."

Diana Ceppi (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Besten Dank an Gross-Stadtrat Josef Eugster für die Leitung der zwei Kommissionssitzungen. Bedanken möchte ich mich auch bei Frau Angelika Tschanen-Hauser für die gut ausgearbeitete Vorlage und für die Teilnahme an den Sitzungen. Unsere Fragen konnten sofort beantwortet und allfällige Ergänzungen angebracht werden. Somit entstand - nach meinen Empfindungen - eine gute Diskussionsbasis.

Jede und jeder Einzelne von uns hat eine ganz persönliche Vorstellung des Familienlebens und ich denke, dies gilt respektiert zu werden. Heute geht es um die definitive Weiterführung der Kleinkindergruppe "Zwärgli" im Rahmen des Gesamtkonzeptes Kinderhaus Forst ab dem Januar 2002. Ich finde es zukunftsweisend, dass die Stadt Schaffhausen bei diesem Projekt die Kooperation mit der Privatwirtschaft suchte. Es besteht ja nun auch weiterhin der Auftrag, für vier Krippenplätze eine kostendeckende Finanzierung zu realisieren. Dieses Projekt übernimmt meiner Meinung nach eine echte Vorbildfunktion.

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Doch einmal mehr weisen wir darauf hin, dass z.B. die Funktion der Kleinkind-Erzieherin oder des Kleinkind-Erziehers tief eingestuft ist, vor allem im Quervergleich

mit anderen Berufskategorien, und wenn wir bedenken, was für grosse Anforderungen an Kleinkind-Erziehende gestellt werden.

Sie tragen eine grosse Verantwortung für ihre Schützlinge, sie bieten eine fachliche Betreuung und können mit verschiedenen Kulturen umgehen. Wir warten gespannt auf das neue Personalgesetz, mit diesem sollen auch die Besoldungseinreihungen neu geprüft werden!

Als sehr positiv beurteile ich, dass bei diesem Projekt zwei Ausbildungsplätze geschaffen werden. Bereits per August wurde ein Ausbildungsplatz geschaffen und per August nächsten Jahres gibt es einen weiteren Ausbildungsplatz zur Kleinkind-Erzieherin oder zum Kleinkind-Erzieher. Somit kümmert sich die Stadt aktiv um die Rekrutierung, denn in der ganzen Schweiz mangelt es (nebst den Krippenplätzen) auch an ausgebildeten Mitarbeitenden.

Ich persönlich möchte in einer Stadt leben, die innovativ und aufgeschlossen gegenüber der ausserfamiliären Kinderbetreuung ist. Ich wünsche mir, dass die Stadt weiterhin Betreuungsplätze nach der Grundidee des Kooperationsprojektes Forsthaus führen und unterstützen wird. Leider besteht mit dem jetzigen Angebot keine Möglichkeit für Familien, die nicht in einer finanziellen oder sonst sozialen schwierigen Situation stehen, dass ihnen ein Betreuungsplatz angeboten werden kann.

Die Durchmischung der Krippen mit Kindern aus verschiedenen sozialen Schichten ist wichtig und auch eine Bereicherung; diese sollte bei einer städtischen Krippe wie auch bei einer Krippe, die durch die Privatwirtschaft geführt wird, vorhanden sein. Die Durchmischung (der sozialen Schichten) ist für die Entwicklung der Kinder ein Vorteil, und ich denke auch für das Ansehen der Krippen sehr wichtig.

Ich möchte, dass es irgendwann etwas ganz Normales ist, dass ein Kind in eine Kindergruppe aufgenommen wird. Ob dies nun ein Härtefall aus einer Notsituation heraus ist oder weil beide Elternteile ihren Beruf ausüben möchten oder müssen. Es ist wichtig, dass das Tarifsysteem überarbeitet wird und zugleich ein Subventions-Reglement geschaffen wird. Es soll Plätze für Eltern geben, die die Vollkosten übernehmen können, jedoch dürfen Eltern nicht benachteiligt werden, die den Vollkostentarif nicht bezahlen können. Ich hoffe sehr, dass diese Grundlagen geschaffen werden. Es ist noch nicht lange her, da diskutierten wir im Rat über Wirtschaftsförderung in der Stadt Schaffhausen. Ich denke, mit diesen Grundlagen könnte "der Storch wieder vermehrt in Schaffhausen landen", und dies ist doch auch im Hinblick auf unsere Zukunft nur von Vorteil.

Die Wirtschaft plant nicht über Jahre, wie es für die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen nötig und unerlässlich ist, sondern nach Geschäftsgang und Wirtschaftslage. Momentan benötigt die Wirtschaft die Frauen am Arbeitsplatz und somit auch Betreuungsplätze. Die Kooperation der Wirtschaft mit der Verwaltung in Sachen Finanzierung der vier Plätze ist erfreulich, so kann die Vollkostenrechnung erstellt werden und die Wirtschaft übernimmt die finanzielle Verantwortung.

Wie sieht es in den nächsten Jahren aus? Nur so viel, die jungen Frauen von heute sind gut ausgebildet, und möchten nicht mehr zwischen Familie oder Beruf entscheiden. Ebenso möchten die Väter ihren Nachwuchs heranwachsen sehen.

Es sollte doch generell möglich sein, zu sagen, Beruf und Familie, und zwar für beide Elternteile. Sie denken, das ist träumerisch? Ich denke, es braucht Ideen gerade im Hinblick auf die Attraktivität der Stadt Schaffhausen.

Ich hoffe, wir werden auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen und geben somit den Kindern der Kindergruppe Zwärgli die Sicherheit, dass die Gruppe weitergeführt wird und dass sich die Kinder der Gruppe Zwärgli RIESIG fühlen können!"

Verena Stutz (SP) Fraktionserklärung *

"Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage des Stadtrates zum Kooperationsprojekt Forsthaus 2000.

In der Stadt Schaffhausen sind Krippenplätze für Kleinkinder rar. Wer sein Kind in die Krippe bringen muss oder möchte (was bei Einzelkindern durchaus Sinn macht), hat mit langen Wartelisten zu rechnen oder hat gar keine Chance.

Noch rarer als die Krippenplätze sind in der Stadt Schaffhausen die Ausbildungsplätze für KleinkindererzieherInnen. Woher sollen die Fachleute kommen, wenn wir sie nicht ausbilden? Hier Abhilfe zu schaffen liegt absolut im Interesse der Stadt und ihrer Institutionen.

Fehlende Krippenplätze sind auch Minuspunkte beim qualitativen Wohnortsmarketing. Von guten Rahmenbedingungen profitieren sowohl die Wirtschaft wie auch die Stadt. Insofern kann das Projekt Forsthaus durchaus als zukunftsweisend betrachtet werden. Die Wirtschaft soll sich beteiligen, aber Qualitätssicherung, Aufsicht und Koordination sollen durch städtische Stellen geschehen. Nur so kann der gute Ruf erhalten bleiben, den sich die heutigen Krippen und Horte erarbeitet haben.

Allerdings gibt es bis heute für eben diese Kontrolle noch keine rechtlichen Grundlagen, und auch das Tarifsysteem sollte überarbeitet werden. Falls die Motion Urs Tanner überwiesen wird, ist das die gute Gelegenheit, ein Subventionsreglement inklusive gesetzliche Grundlagen, Kriterien für die Führung von Kinderkrippen und ein zeitgerechtes Tarifsysteem zu erarbeiten.

Im Übrigen danke ich Frau Angelika Tschanen, die uns mit unendlicher Geduld in den beiden Sitzungen beratend zur Seite stand, und uns auch den heftig diskutierten Abschnitt zur städtischen Beteiligung x-fach erklärte. Wir sind überzeugt, dass die Stadt sich nicht vollständig aus der Verantwortung nehmen kann und auch künftig für ein gutes Angebot besorgt sein muss - dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Gleichstellung von Mann und Frau!

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine persönliche Feststellung: Mit einer Haltung von "Selber schuld, wer Kinder hat, nun soll er (oder sie) auch zu ihnen schauen" oder der Verherrlichung der Mutterschaft und einer Kindheit in der geschützten Familie, kommen wir heute nicht mehr weiter. Nach meinen Familienerfahrungen komme ich zu einem anderen Schluss:

Wer Kinder hat, leistet einen Dienst an der Gesellschaft, erfüllt sozusagen eine staatserhaltende Aufgabe. Natürlich machen Kinder auch Freude (unter anderem), sie sind aber auch eine grosse Verpflichtung. Dieser emotionale und vor allem finanzielle Aufwand soll von Staat und Gesellschaft aktiv unterstützt werden.

Es muss wieder attraktiv werden, Kinder zu haben, sonst sterben wir tatsächlich aus.

Ein Beitrag dazu sind (unter anderem) einfach zugängliche, gute Betreuungsmöglichkeiten ohne lange Wartelisten."

Erwin Sutter (EDU) Votum

"Vorerst eine Bemerkung zum voran gegangenen Votum: Kinder sind keine Rohstoffe für den Staat, Kinder sind eine Gabe Gottes. Das ist der wesentliche Unterschied.

In Anbetracht des Angebots an Betreuungsplätzen im Verhältnis zur offensichtlich vorhandenen Nachfrage, signalisiere ich, wie bereits in der Spezialkommission, Zustimmung zur Vorlage. Allerdings möchte ich einige zum Teil kritische Bemerkungen zur Vorlage anbringen:

Punkt 1: Kinder sind unser wertvollstes Gut. Sie sind mit all ihren Eigenschaften Teil der heutigen Gesellschaft (siehe etwa die Problemkreise Schule, Jugend und Drogen, Gewalt) und sie werden die gesellschaftlichen Entscheidungsträger von morgen sein. Es ist deshalb von grosser Bedeutung, dass Erziehungsfragen in unseren politischen Überlegungen einen hohen Stellenwert haben.

In der zur Diskussion stehenden Vorlage geht es um Kinder im Alter von wenigen Monaten bis etwa drei Jahren. Gerade die ersten drei Lebensjahre sind für die kindliche Entwicklung so prägend wie kaum eine andere Phase. Es ist hinlänglich bekannt, dass es gerade in dieser Zeit entscheidend ist, dass ein Kind seine Sicherheit und seine Sprache von einer konstanten Bezugsperson erhält. Nichts auf dieser Welt kann in dieser Phase die Zuneigung und Betreuung der Mutter gleichwertig ersetzen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass einer der grössten volkswirtschaftlichen Nutzen durch Mütter erbracht wird, die sich bei der Frage Berufskarriere oder Hausfrau für letzteres entscheiden. Materieller Wohlstand allein ist ein trügerisches Ziel. Die Zahl von Kleinkindern in Krippen sollte im Blick auf das Kindeswohl, und auf das, was später einmal aus diesen Kindern wird, auf das absolut notwendige Minimum beschränkt werden. Was wir heute in die Kinder säen, wird die Gesellschaft später einmal ernten.

Punkt 2: Ein Wort zu den Finanzen. In der Vorlage wird erwähnt, dass jeder in Kindertagesstätten eingesetzte Franken drei bis vier Franken an die Gesellschaft zurückbringt. Dies ist schlicht Augenwischerei. Bei näherem Hinsehen auf die erwähnte Untersuchung geht hervor, dass die Stadt Zürich selber jährlich 18 bis 22 Millionen Franken investieren muss, aber in Form von mehr Steuereinnahmen nur etwa 14.5 Millionen zurück erhält. Kinderkrippen führen demzufolge für Städte unter dem Strich zu einer Mehrbelastung und dies wohlverstanden bei guter Konjunktur. Oder mit anderen Worten: die Preise für Betreuungsplätze sind auch in der Stadt Zürich offensichtlich zu tief.

Punkt 3: Ein Ziel in der Familienpolitik - und dazu gehört ja die Kinderbetreuung - sollte so sein, dass traditionelle Familien gestärkt und bezüglich Steuerbelastung so gestützt werden, dass unter "normalen" Umständen keine ganztägige ausserfamiliäre Kinderbetreuung notwendig ist.

Für solcher Art investiertes Geld sehe ich eine bessere Rendite wie bei Kinderkrippenplätzen.

Punkt 4: Die Nachfrage nach Krippenplätzen ist naturgemäss konjunkturabhängig. Nicht umsonst sind langfristige Verträge mit Firmen kaum abzuschliessen. Als Betreiber sind öffentliche Stellen gegenüber privatwirtschaftlich geführten ebenso naturgemäss weniger flexibel, und neigen dazu, teurer zu sein. Das Engagement für weitere eigene Krippenplätze der Stadt sollte - wie in der Vorlage auf Seite 4 erwähnt - zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr ausgeweitet werden, sondern privaten Kreisen überlassen werden. Ich sehe die Aufgabe der Stadt eher im Sinne einer Vorbildfunktion bezüglich Qualität, indem sie entsprechende Standards festlegt und diese auch überprüft."

Lotti Winzeler (OeBS) Votum

"Ich möchte an dieser Stelle Angelika Tschanen für die gut vorbereitete Vorlage danken. Grundsätzlich bin ich mit der Vorlage einverstanden. Herrn Sutter möchte ich erwidern, Ziel sollte sein, es den Eltern frei zu stellen, ob sie ihre Kinder zum Teil ausserfamiliär betreuen lassen wollen. Die moralisierende Aussagen in der SPK finde ich eng.

Als sehr positiv beurteile ich das Angebot zweier neuer Ausbildungsplätze. An dieser Stelle möchte ich ebenfalls darauf hinweisen, dass die Löhne der Kleinkindererzieherinnen sehr tief sind. Der Markt ist ausgetrocknet! Es ist sehr schwierig, qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Der Mindestlohn einer Kleinkindererzieherin beträgt: Fr. 3256.-- / Mt. brutto. Die Ausbildung dauert 3 Jahre. Im Vergleich mit andern 3-jährigen Ausbildungen ist der Anfangslohn sehr tief. Auch ich hoffe sehr, dass spätestens im Rahmen der Besoldungsdekrete-revision diesem Berufszweig mehr Rechnung getragen wird.

Auf Seite 4 in der Vorlage, im untersten Abschnitt wird festgehalten, ich zitiere: "*Mit der Integration des Kooperationsprojektes Forsthaus 2000 in die Kinderkrippe Forsthaus hat das städtische Grundangebot mit Schwerpunkt im Vorschulbereich nach Auffassung des Stadtrates den definitiven Ausbaustand erreicht.*" Über diese Aussage bin ich - und nicht nur ich - immer wieder gestolpert. In der Zwischenzeit hat ja auch der Gemeinnützige Frauenverein ein Projekt lanciert, welches der Stadtrat finanziell unterstützt. Der Ansatz, dass die Hälfte alle Krippenplätze durch die öffentliche Hand mitgetragen wird und die andere Hälfte durch private Firmen zu finanzieren sei, ist sinnvoll. Die jeweiligen Krippen sollen mit Kindern durchmischt werden, die unterschiedlichen sozialen Schichten angehören. Dies ist heute aus den bekannten Gründen nicht der Fall.

Das Angebot kann jedoch mit diesen Massnahmen allein nicht befriedigt werden! Ich bin überzeugt, dass es eine Dunkelziffer von Eltern als Doppelverdiener ohne soziale und finanzielle Probleme gibt, die keine Abklärungen treffen bezüglich Krippenplätze für ihre Kinder, da bis anhin kaum eine Chance bestand, einen Teilzeit-Krippenplatz zu bekommen. Diese Eltern stehen gar nicht auf der Warteliste. Aus diesem Grund bleiben diese Frauen zu Hause, obwohl sie gerne einer Teilzeit-Beschäftigung nachgehen würden.

In andern Ländern ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Frauen nach einer Geburt die Möglichkeit haben, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Einen Krippenplatz zu bekommen gestaltet sich dort wesentlich einfacher.

Da die Wirtschaft im Moment die Frauen als Arbeitskräfte benötigt, sind der Staat und auch die Privatwirtschaft daran interessiert, entsprechende Massnahmen durchzuführen, um die Frauen wieder als Arbeitnehmerinnen zu rekrutieren. Falls sich die Lage wieder ändert, muss darauf geachtet werden, dass das Angebot an Krippenplätzen dem Bedarf entspricht, und nicht wie in den vergangenen 10 Jahren, wo der Bedarf viel grösser war (und ist) als das Angebot. Auch in diesem Bereich muss Nachhaltigkeit geübt werden.

Die Frauen sind die Puffer der Wirtschaft; so erlebe ich es. Wenn sie auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden, sollen sie nebst Kindererziehung und Haushalt arbeiten gehen! Ist ein Überschuss an ArbeitnehmerInnen vorhanden, sollen sie wieder zurück an den Herd! Das Ganze ist eine "Feuerwehübung". Ich hoffe, dass wir uns da ein Beispiel nehmen an den nördlichen Ländern, um die Zukunft weitsichtiger zu planen."

Stadtrat Urs Hunziker Stellungnahme des Stadtrates *

"Der Schaffhauser Stadtrat hat am 26. Oktober 1999 das vom Schulreferat entwickelte "Kooperationsprojekt Forsthaus 2000" als vorerst zweijährigen Versuchsbetrieb (Januar 2000 bis Dezember 2001) grundsätzlich bewilligt. Es handelt sich dabei um den ersten Versuch der Stadt Schaffhausen, die Privatwirtschaft verbindlich in die Finanzierung der Familien ergänzenden Betreuung einzubeziehen. Das Projekt beziehungsweise seine Stossrichtung wurde vom Stadtrat als richtungsweisend begrüsst. Zum einen sollten damit Betreuungsplätze in der Altersstufe mit dem grössten Mangel in Schaffhausen geschaffen, zum anderen ein neues Finanzierungsmodell erprobt werden.

Per Ende 2001 läuft die knapp zweijährige Versuchsphase aus. Weil sich das Angebot und die neue Finanzierungsform bewährt haben, enthält die Vorlage nun den Antrag, die Kleinkindergruppe definitiv weiter zu führen. Dabei soll sie organisatorisch in die bestehende Kinderkrippe Forsthaus eingegliedert und künftig durch eine Gesamtleitung geführt werden. Die seit Mai 2000 ausserhalb des Stellenplans geführten 180 Stellenprozent für KleinkinderzieherInnen des Projektes 'Forsthaus 2000' müssen dafür per 1.1.2002 in den Stellenplan der bestehenden Kinderkrippe Forsthaus integriert werden.

Weil eine Kinderkrippe mit zwei Gruppen für den hauswirtschaftlichen Bereich mindestens eine 50%-Stelle braucht (Empfehlung des Schweizerischen Krippenverbands), muss der Stellenplan zudem um 38% Stellenprozent für eine Betriebsangestellte II erweitert werden - 12% sind bereits für die Reinigung in der bisherigen Krippe Forsthaus im Stellenplan. Die Zubereitung des Mittagessens wurde seit 1993 immer wieder mittels sporadischer Mithilfen aus dem städtischen Erwerbslosenprogramm improvisiert. Da diese Personen heute bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, entfällt die Unterstützungsmöglichkeit aus dem Arbeitslosenprogramm zunehmend. Die Erzieherinnen haben für den Einkauf, das Kochen und die Grundreinigung keine Kapazität. Eine externe Zulieferung der Mahlzeiten ist dafür keine Alternative.

Der Bedarf nach Krippenbetreuung ist gross, und qualifiziertes Personal muss auch hier mit der Lupe gesucht werden. Weil es auch in Schaffhausen viel zu wenig Ausbildungsplätze gibt, soll in der Kleinkindergruppe "Zwärgli" per August 2002 ein weiterer Ausbildungsplatz zur Kleinkindererzieherin bzw. zum Kleinkinderzieher geschaffen werden. Mit der Schaffung von zwei zusätzlichen Ausbildungsplätzen (einer davon schon ab August 2001 in der bisherigen Krippe Forsthaus) übernimmt die Stadt Schaffhausen Vorbildfunktion. Allerdings ist auch das mit Mehrkosten verbunden.

Die Mehrkosten gegenüber dem Budget 2001 ergeben sich durch die Teuerung bzw. die Stufenanstiege der ErzieherInnen, die Pensumserhöhung im hauswirtschaftlichen Bereich (Küchenhilfe), sowie durch einen höheren Aufwand, verursacht durch den zusätzlichen Ausbildungsplatz.

Auch im definitiven Betrieb sollen und können sich weiterhin Firmen mit insgesamt vier Betreuungsplätzen kostendeckend einkaufen - und zwar neu für die gesamte Altersstufe von 4 Monaten bis ca. acht Jahren, das heisst für beide Gruppen. Wird der definitive Betrieb bewilligt, so können die provisorisch zugesicherten Plätze umgehend definitiv vergeben werden.

Der Bedarf nach zusätzlichen Krippenplätzen ist ausgewiesen - und die Hintergründe werden in der Vorlage eingehend beschrieben. Sollten Sie persönliche Vorbehalte gegenüber der Kinderbetreuung in Krippen haben, bedenken Sie bitte Folgendes: Rund 90% der Kinder in Kindertagesstätten werden teilzeitlich betreut, besuchen die Krippe also zwischen 2 und max. 4 Tagen/Woche. So wird den Eltern durchaus Raum gelassen, um zumindest einen Teil ihrer Erziehungsaufgabe wahr zu nehmen. Sind Krippen entsprechend ausgerüstet und gut geführt, so sind sie wirklich Familien ergänzende Angebote, die inzwischen anerkanntermassen dem Kind, den Eltern, der Wirtschaft und damit der Gesellschaft zu Gute kommen.

Ich bitte Sie daher, der Krippe Forsthaus nach dem Gesamtkonzept zuzustimmen.

In der Vorlage haben wir ausserdem die Vorstellung des Stadtrates über die Zukunft des Bereichs Familien ergänzende Betreuung skizziert. Sie wurde in der Spezialkommission intensiv und konstruktiv diskutiert. Im Zusammenhang damit wird der Grosse Stadtrat die Motion von Urs Tanner betreffend die Schaffung eines Subventionsreglementes für private Kindertagesstätten zu diskutieren haben. Ich gehe daher hier nicht weiter auf diese Frage ein.

Erlauben Sie mir schliesslich eine Bemerkung zum Votum von Erwin Sutter. Es ist tatsächlich so, dass die Bilanz der Familien ergänzenden Kinderbetreuung für die Stadt Zürich negativ ausfällt. Die Stadt erbringt die finanziellen Leistungen, den fiskalischen Nutzen jedoch haben mehrheitlich der Kanton und der Bund, ohne sich an den Kosten für die Kindertagesstätten zu beteiligen. Die Aussage aber, dass jeder eingesetzte Franken 3 - 4 Franken an die Gesellschaft zurück bringt, stimmt im Grundsatz schon. Es wurde bewusst gesagt, dass diese 3 - 4 Franken an die Gesellschaft zurück fliessen und nicht an die Stadt."

Grossstadtrat **Erwin Sutter (EDU)** äussert sich nochmals kurz zu diesem Rückfluss von 3 - 4 Franken. Er hält diese stadträtliche Aussage nach wie vor nicht für richtig.

Urs Tanner (SP) verweist darauf, dass das "Berner Büro für Arbeit und sozialpolitische Studien" auf Grund einer Studie zum Schluss gekommen ist, dass der eingesetzte Franken 3 - 4 Franken zurück bringt. Die Aussagen von SR Hunziker sind richtig. U. Tanner präzisiert, dass Kanton und Bund via höhere Steuereinnahmen von der städt. Einrichtung "Kindertagesstätten" profitieren.

Ein Antrag auf Nichteintreten wurde nicht gestellt.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin, verliest die Seitenzahlen 1 - 6 der Vorlage. Das Wort hierzu wird nicht benützt. Auch die Beilagen geben zu keiner Wortmeldung Anlass.

ANTRÄGE

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin, verliest die Anträge auf Seite 6 der Vorlage.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. Mai 2001 betreffend das Kooperationsprojekt Forsthaus 2000 und dessen definitive Weiterführung als zweite Gruppe in der Kinderkrippe Forsthaus (Kostenstelle 5403) ab Januar 2002.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat bewilligt die definitive Weiterführung der Kleinkindergruppe 'Zwärgli' im Rahmen des Gesamtkonzeptes Kinderhaus Forst ab dem 1. Januar 2002.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

3. Der Auftrag, für vier Krippenplätze eine externe kostendeckende Finanzierung zu realisieren, bleibt grundsätzlich auch für den zusammengeführten Betrieb Kinderkrippe Forsthaus bestehen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Der Stadtrat wird beauftragt, auch zukünftig und als mittel- bis langfristige Aufgabe die Kooperation mit der Privatindustrie im Bereich Kinderbetreuung zu suchen und diese zur Führung von eigenen Tagesstätten zu motivieren.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

5. Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Kinderkrippe Forsthaus die folgende Erweiterung des Stellenplans:

Alt:	Kleinkinderzieher/-in	06-10	180 Stellenprocente
	Betriebsangestellte/-r II	03-05	12 Stellenprocente
Neu:	Kleinkinderzieher/-in	06-10	360 Stellenprocente
	Betriebsangestellte/-r II	03-05	50 Stellenprocente

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage vom 2. Mai 2001 zu und heisst die Anträge des SR mit **44 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 - MOTION Urs Tanner (SP) Finanzielle Anreize für mehr Krippen- und Hortplätze

Urs Tanner (SP) Begründung *

"Teil 1 - Warum eine Motion?"

Motionen sollen aus einer Notlage heraus entstehen. Mein Rückblick auf das heutige Traktandum Nr. 1 definiert mir 4 Punkte als Notsituation. Auf Seite 1 der stadträtlichen Vorlage wird von einer *Mangelsituation* gesprochen, auf Seite 2 heisst es: " - und die Krippe könnte heute mehrfach gefüllt werden." (...) "Solange allerdings ein so grosser Mangel an Krippenplätzen herrscht (...)", (...) "Alle privaten und städtischen Kindertagesstätten führen lange Wartelisten." Und zum Schluss auf Seite 4 heisst es (*Der Stadtrat weiss um den grossen ungedeckten Bedarf an Familien ergänzender Betreuung in der Stadt (...).*)"

Wie gesagt, Motionen sollen aus einer Notlage heraus entstehen. So ist diese Motion geboren worden. Die Not am Schönsten formuliert hat Arbeitgeberboss Hasler; er sagte dies in der Weltwoche am 4. Januar 2001 (Zitat):

Der Arbeitgeberverband ruft die Firmenchefs auf, neue Krippenplätze zur Verfügung zu stellen. An den Schulen sollen Blockzeiten eingeführt werden, "damit die Frauen nicht ihre ganz Zeit darauf verschwenden müssen, zwischen Schule und Heim hin und her zu pendeln."

Weiter formuliert die Weltwoche selbigen Datums die Not ganz nackt in Zahlen und schreibt, dass der Bedarf an Krippenplätzen nicht einmal zu 10% gedeckt sei.

Eine andere Not ist die sogenannte "Familienfalle" - Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Auch sie ist keine schöne Not, weil Familie ja keine Falle, sondern ein schönes solidarisches Leben miteinander bedeuten sollte.

Der Berner Oekonom Tobias Bauer hat in seiner Studie "Die Familienfalle" nachgewiesen, dass beim Einzug in die erste gemeinsame Wohnung eine meist unumkehrbare Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau stattfindet. Von diesem Zeitpunkt an investieren Frauen in ihr berufliches Fortkommen weniger als Männer, verrichten aber deutlich mehr Hausarbeit. Das Ergebnis ist bekannt: Die Frauen leisten in der Schweiz 54% der jährlich 13'100 Millionen Stunden Erwerbs- und Gratisarbeit, aber sie kassieren nur 27% der insgesamt 230 Milliarden Franken Lohnsumme. Die "Familienfalle" ist sicher auch eine Folge der viel zu wenigen Krippen- und Hortplätze.

All diese Punkte haben mich in Richtung Motion gedrängt: Es gibt auch Beispiele, dass es eine Kehrtwendung gibt. Gezeigt hat mir dies im Juni 01 der Kanton Neuenburg, dass der politische Wille in der Schweiz vorhanden ist, etwas zu tun.

Im Kanton Neuenburg soll die Zahl der Krippenplätze innerhalb von 5 Jahren von 1265 auf 2000 Plätze erhöht, also quasi verdoppelt werden. Der Kindergarten wird ausserdem neu ab 4 Jahren angeboten. Beide Vorlagen wurden in der Volksabstimmung im Verhältnis 3 zu 1 angenommen.

Wichtige Mütter dieser Motion waren natürlich Susi Greutmann im Grossen Rat mit ihrem (überwiesenen) Postulat "Schaffung von Kinderkrippen- und Hortplätzen im Kanton Schaffhausen" und Nationalrätin Jacqueline Fehr mit ihrer parlamentarischen Initiative, auf welche ich später noch im Detail kommen werde.

Teil 2 - Die pädagogische Funktion einer Krippe Begründung am Beispiel des Kantons Tessin.

Ich habe hier eine pädagogische Begründung am Beispiel des Kantons Tessin ausgewählt, weil es sehr anschaulich zeigt, wie sinnvoll eine qualitativ hochstehende ausserfamiliäre Kinderbetreuung sein kann. Wenn hier die Rede von Kindergarten ist, bitte ich Sie an "Krippe" zu denken, weil die Stufe im Kt. TI Kindergarten ab 3 Jahren ist.

Das Beispiel habe ich dem NZZ-Folio August 01 entnommen, welches sich dem Thema Kinder widmet. Es geht hier um eine kleine Abhandlung, weshalb es gut ist, dass Kinder eine ausserfamiliäre Betreuung haben, natürlich ergänzend zum familiären Umfeld.

Im Tessin besuchen bereits Dreijährige ganztags den Kindergarten. Im Gegensatz zur Deutschschweiz ist die ausserfamiliäre Kinderbetreuung in der Südschweiz eine Selbstverständlichkeit.

Ein kurzer Abschnitt, was im Kindergarten so abläuft:

"Kleine Hände füllen Gläser nach und wischen Verkleckertes auf. Drei Kinder haben Schürzchen umgebunden und servieren das Mittagessen. Drei Kinder dürfen Kellner sein. Sie haben als erste die Hände ausgestreckt, als die Kindergärtnerin am morgen die Aemtchen verteilte. Heute freuen sich die Kinder besonders, weil ein gutes Dessert auf der Menükarte steht. Während des Essens plaudern die Kinder miteinander. Boris verkündet lautstark, er müsse jetzt sofort Pokemon mit Deborah tauschen, die am anderen Ende des Raumes an ihrem Tischchen sitzt. Doch die Maestra erinnert bestimmt an die Regeln: nicht schreien, warten, bis alle Kinder mit dem Essen fertig sind. Das gemeinsame Mittagessen im Kindergarten von Verscio im Pedemonte dient nicht allein der Verpflegung, sondern hat erklärtermassen auch eine pädagogische Funktion. Die Kinder sollen an eine abwechslungsreiche Ernährung gewöhnt werden - keine Selbstverständlichkeit mehr heute; es gibt viele junge Mütter, die können teilweise nicht mehr mal selber kochen. Die Kinder sollen lernen, die Speisefolgen und Wartezeiten zu akzeptieren und aufeinander Rücksicht zu nehmen. Die Qualität wird von einer Kindergarteninspektorin überwacht. Diese Tessiner Variante der ausserfamiliären Kinderbetreuung steht Kindern ab 3 Jahren offen.

Das Ziel ist: Förderung der Kompetenzen des Kindes im sozialen, kognitiven, affektiven und psychomotorischen Bereich. Helfen, es selbst zu tun, Entwicklung zur Selbständigkeit unter Rücksichtnahme auf die anderen. Dieses Credo soll und muss den Tag im Kindergarten oder in einer Kinderkrippe prägen.

Der Kindergarten beginnt im Tessin um halb neun und endet offiziell um halb vier, wenn die Kinder wieder abgeholt werden. Der Kindergartenbesuch ist nicht obligatorisch, aber fast alle vier- bis fünfjährigen Kinder und über die Hälfte der dreijährigen besuchen den Kindergarten. Der Anteil der dreijährigen Kindergartenkinder wäre allerdings wesentlich höher, wenn alle Gemeinden entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung hätten.

Mit Ausnahme des Mittwochs, der am Nachmittag schulfrei ist, verbringen die Kinder täglich sieben Stunden in Gruppen von 20 bis 25 Kindern verschiedenen Alters. Die kleineren Kindern beginnen mit dem Kindergartenbesuch stundenweise nach Absprache mit der Kindergärtnerin.

Im Unterschied zur deutschen Schweiz, wo die Kinder in der Regel erst mit fünf in den Kindergarten eintreten, und wo die Aufenthaltszeit mit 2 Stunden am Vormittag und 2 Stunden am Nachmittag wesentlich kürzer ist, gibt es im Tessin bereits für die ganz Kleinen einen Ganztageskindergarten - und dies seit Jahrzehnten.

Andrea Lanfranchi, Psychologe und Pädagoge sagt:

"In der deutschen Schweiz huldigt man einem gewissen Müttermythos, der davon ausgeht, dass nur die leibliche Mutter die optimale Betreuerin ihrer Kinder sein kann, während man in der italienischen Kultur offenbar viel früher von einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Kinder ausgeht."

In der Deutschschweiz würden Krippenkinder zum Teil bemitleidet, im Tessin gilt der Kindergarten für die ganz Kleinen als eine allseits geschätzte Einrichtung. Wenn die Kinder in der Öffentlichkeit angesprochen werden, so heisst es meistens: *"Du gehst bereits in den Kindergarten? Bravo."*

Vorteile dieses Systems:

In kulturvergleichenden Studien zur Integration der Kinder durch ausserfamiliäre Betreuungs- und Erziehungssituationen hat der erwähnte A. Lanfranchi festgestellt, dass Migrantenkinder, die wie die Tessinerkinder ab dem 3. Lebensjahr teilweise ausserhalb der Familie betreut werden, sich wesentlich besser in die Schule integrieren und dort mehr Erfolg haben.

Eine kürzlich erschienene amerikanische Langzeitstudie, welche in der NZZ zitiert wurde, kommt ebenfalls zum Schluss, dass Familien ergänzende Betreuung dem Kind nicht schadet, sondern seiner Entwicklung unter bestimmten Voraussetzungen förderlich ist. Qualitativ hochstehende Betreuung hat positive Auswirkungen auf Kognition, Sprache und das soziale Verhalten der Kinder.

Es soll für kleine Kinder auch ganz simpel darum gehen, gemeinsam zu essen oder friedlich Konflikte zu lösen: Dinge, die leider oft in der Familie nicht mehr erlernt werden oder erlernt werden können. Es ist nämlich Tatsache, dass eine Vielzahl von sozialen Komponenten heute nicht mehr in der Familie erlernt werden, und sei es nur deshalb, weil Geschwister fehlen. Was Hänschen in der Familie nicht lernt, sollte er im Kindergarten oder in der Krippe lernen.

Eine pädagogisch/finanzielle Schlussfolgerung: Unter anderem wegen diesem brillianten Angebot an ausserfamiliärer Betreuung hat der Kanton Tessin nur 1,3% aller Schülerinnen und Schülern in Sonderklassen. In der deutschen Schweiz sind es 5 bis 10%.

Teil 3 - Anstossfinanzierung durch Vorstoss Jacqueline Fehr

Am 21. März hat der Nationalrat einer parlamentarischen Initiative mit folgendem Text zugestimmt: *"Der Bund soll während 10 Jahren nach Inkrafttreten der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen als Anstossfinanzierung jährlich maximal 100 Millionen Franken an Familien ergänzende Betreuungsplätze beisteuern. Die Einrichtungen müssen staatlich anerkannt sein."*

Wenn die Stadt Schaffhausen von diesen Geldern profitieren möchte, und davon bin ich überzeugt, dass sie das möchte, müssen wir eine Subventionsverordnung schaffen.

Der Text der parlamentarischen Initiative Fehr, welche gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes in der Form der allgemeinen Anregung eingereicht wurde, hält folgendes fest:

"Es sind die nötigen gesetzlichen Grundlagen auszuarbeiten, die es dem Bund ermöglichen, die Gemeinden bei der Einrichtung von familienergänzenden Betreuungsplätzen (Krippen, Horte, Tagesfamilien, Tagesschulen usw.) finanziell zu unterstützen. Der Bund soll während zehn Jahren nach Inkrafttreten der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen als Anstossfinanzierung jährlich maximal 100 Millionen Franken an Familien ergänzende Betreuungsplätze beisteuern. Die Einrichtungen müssen staatlich anerkannt sein. Die Plätze werden durch den Bund während höchstens zwei Jahren nach der Gründung entsprechender Einrichtungen oder Betreuungsverhältnisse unterstützt. Die Unterstützung soll einen Drittel der Betriebskosten nicht übersteigen."

Die Begründung des Vorstosses Fehr möchte ich Ihnen teilweise vorstellen, weil sie logischerweise auch auf die Situation in Schaffhausen zutrifft:

- Es sollen diejenigen Menschen in unserem Land entlastet werden, die während der Rezession verloren haben, d. h. die unteren und mittleren Einkommen. Und der Staat soll den finanziellen Spielraum nutzen, um dort zu investieren, wo uns in Zukunft ein Engpass droht, d. h. u. a. in die Rahmenbedingungen und in die Infrastruktur, die es braucht, damit Mütter und Väter Beruf und Familie vereinbaren können. Diese fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft immer grössere Probleme.
- In verschiedenen Berufen ist bereits wieder ein Arbeitskräftemangel festzustellen. Am augenfälligsten ist er bei den Informatikerinnen und Informatikern. Aber auch in der Pflege macht sich ein deutlicher Mangel an Arbeitskräften breit. Andere Berufsfelder werden folgen. Während das Kantonsspital Winterthur per Inserat Krankenschwestern in Norwegen sucht, weigert sich dieselbe Spitalleitung, eine Krippe einzurichten, um Müttern und Vätern auch nach der Geburt ihrer Kinder zu ermöglichen, ihren Beruf auszuüben.

Hier muss gesagt werden, dass ich nicht weiss, ob in Schaffhausen Leute aus Norwegen gesucht werden. Ich weiss aber, dass wir im Gegensatz zu Winterthur eine Krippe haben im Kantonsspital Schaffhausen.

- Die Geburtenzahlen sinken in der Schweiz stetig. Gerade mal 1,5 Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter kommen in der Schweiz zur Welt. Wollten wir die Bevölkerungszahl stabilisieren, müssten es 2,1 Kinder sein. Die Gründe für die sinkenden Geburtenzahlen sind bekannt: eine allgemeine Unsicherheit bezüglich der Zukunft, finanzielle Engpässe und die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zur Geburtenrate führt Prof. Hurelmann in der Zeitschrift "focus" vom 1. August an: "Am Beispiel der skandinavischen Länder sehen wir, wie sinnvoll ein breites Kinderbetreuungsangebot ist. Die Mütter dort müssen keine mehrjährige berufliche Auszeit nehmen, wenn sie dies nicht wollen. Am Rande bemerkt: Die Geburtenrate liegt dort wieder bei 1,7 Kindern pro Frau."

- Die Anzahl der Scheidungen nimmt zu. Rund vier von zehn Ehen werden geschieden - die meisten, wenn die Kinder noch schulpflichtig sind. Mütter, die wegen der Kinder aus der Erwerbsarbeit ausgestiegen sind, haben es nach einer Scheidung ausserordentlich schwer, beruflich wieder Tritt zu fassen, und sind deshalb weit überdurchschnittlich auf staatliche Hilfe angewiesen.

Diese Probleme können u. a. durch einen deutlichen Ausbau der Familien ergänzenden Betreuungsplätze (Krippen, Horte, Tagesfamilien, Tagesschulen usw.) gemindert werden.

Ausserdem ist auch die finanzielle Seite interessant: Gelder, welche in Krippenplätze investiert werden, fliessen zurück. Ich wiederhole mich hier nicht, dies wurde unter dem vorangegangenen Geschäft bereits ausgiebig diskutiert.

Teil 4 - Wie könnte eine Verordnung aussehen?

Ich möchte hier nicht "Stadträtli" spielen und eine fertige Verordnung vorlegen. Es gibt aber am 23.9.01 in Winterthur eine Volksabstimmung genau über eine solche Verordnung. Als Eckpunkte gelten darin

- **die effektiv erbrachten Betreuungsleistungen der Krippen**
- **ein Leistungsvertrag zwischen der Stadt und den einzelnen Krippen, in welchem steht, wieviel Kinderbetreuung pro Tag kosten darf**
- **die Elternbeiträge nach Einkommen und Vermögen.**

Für das neue System benötigt die Stadt Winterthur jährlich einen Betrag von 2,1 Millionen Franken. Der dortige Gemeinderat soll das Recht erhalten, den Betrag zu erhöhen, falls nötig. Die Vorlage wurde im Winterthurer Gemeinderat ohne Gegenstimme gutgeheissen. Wie das Volk entscheidet, wissen wir Ende September 2001.

Zum Schluss noch einen "Link": Ein Vorbild, das wir übernehmen könnten, um eine Krippe zu gründen, ist die Stadt Zürich. Sie hat auf der [www. Zuerich.ch](http://www.zuerich.ch)-Seite einen "Link": "WIE GRÜNDE ICH EINE KRIPPE?". Dort können Sie alle Grundlagen und Formulare herunterladen und ausdrucken - und wenn es nach unserem GrSR-Präsidenten geht, wahrscheinlich "E-governmentmässig" einschicken.

Ich hoffe, dass Sie die Notwendigkeit dieser Subventionsverordnung sehen und dass Sie diese Motion überweisen werden."

Stadtrat Urs Hunziker

Stellungnahme des Stadtrates *

"1. Einleitung

Das Thema "Familien ergänzende Kinderbetreuung" ist seit Monaten in den Medien täglich präsent, weil in unserem Land ein grosser ungedeckter Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen besteht. Immer mehr Frauen und Mütter wollen oder müssen Familie und Beruf vereinbaren, und die Wirtschaft braucht die qualifizierten weiblichen Arbeitskräfte. Gerade in Berufen, die eine hohe Qualifikation voraussetzen, ist es heute praktisch unmöglich geworden, eine sogenannte Kinderpause einzuschalten - zu rasch veraltet einmal erworbenes Wissen. Stete Weiterbildung - auch "on the job" - hat, wohl bedingt durch die zunehmende Verbreitung von Informatikmitteln, eine noch vor zwanzig Jahren ungeahnte Bedeutung erlangt. Die Möglichkeit, wenigstens teilzeitlich einer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können, um einmal erworbenes Wissen bewahren und erweitern zu können, ist heute notwendiger denn je, setzt aber voraus, dass Ehepaaren mit Kindern geeignete Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

In verschiedenen Studien ist nachgewiesen worden, dass durch gute Familien ergänzende Betreuung in Kinderkrippen, Kinderhorten, Tagesschulen und in Familien nicht nur die Kinder und deren Eltern, sondern die Gesellschaft als Ganzes profitieren. Heute unterstützen nicht nur der Schweizerische Arbeitgeberverband, sondern auch die meisten Parteien den zügigen weiteren Ausbau von Familien ergänzenden Betreuungsmöglichkeiten und die Einführung von Blockzeiten an den Primarschulen. Bei der Diskussion um Kinderbetreuungsplätze ist zu beachten, dass diese zu einem beträchtlichen Teil von Kindern belegt sind, deren Eltern - Mütter und/oder auch Väter - teilzeitbeschäftigt sind und demzufolge ihre Kinder ebenfalls nur teilzeitlich in fremde Obhut geben. Die Eltern nehmen also in vielen Fällen einen nicht zu unterschätzenden Teil der Erziehungsarbeit selbst wahr.

Weil qualitativ gute Kinderbetreuung ihren Preis hat und viele Eltern keine kostendeckenden Tarife bezahlen können, sind die meisten Angebote in diesem Bereich auf finanzielle Unterstützung der Gemeinden angewiesen. Die parlamentarische Initiative von Jacqueline Fehr, welche die Verabschiedung eines mehrjährigen Anstossfinanzierungsprogramms des Bundes initiiert, wird demnächst im Ständerat diskutiert.

Der Stadtrat sieht die zunehmende Bedeutung der Familien ergänzenden Betreuung. Er hat sich seit Anfang der neunziger Jahre auch mit der Schaffung der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung (und deren kürzlich erfolgten Stellenanpassung im Parlament) für das Thema eingesetzt.

Der Stadtrat kennt auch die Studie des Berner Büro BASS über den volkswirtschaftlichen Nutzen der Familien ergänzenden Kinderbetreuung (für jeden investierten Franken fliessen mindestens drei an die Gesellschaft zurück) und findet es daher auch finanzpolitisch verantwortlich, ein Subventionsreglement zu schaffen.

Bereits jetzt subventioniert die Stadt auch private Kinderbetreuungsstätten (z.B. des Kinderheimvereins) basierend auf Verträgen. Eine einheitliche, auf einem Reglement abgestützte Subventionierung käme einer Vereinfachung gleich.

Erfreulicherweise konnte an der heutigen Sitzung das Projekt Forsthaus 2000 mit der Zustimmung des Grossen Stadtrates ins Definitivum übergeführt werden; ein weiteres, durch den Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenverein (SGF) initiiertes Projekt, steht in der Realisationsphase und ist vom Stadtrat mit einer Anschubfinanzierung versehen worden.

2. Künftige Ausrichtung der Familien ergänzenden Kinderbetreuung in Schaffhausen

- Dem Stadtrat ist bewusst, dass Stadt und Kanton Schaffhausen in zwei bis drei Jahren mit zeitgemässen Rahmenbedingungen für den Aufbau und den Betrieb von Kindertagesstätten ausgestattet sein müssen, wollen sie von den zu erwartenden Bundessubventionen - Anschubfinanzierung (Initiative Jacqueline Fehr) profitieren. Dieser Vorstoss schliesst im Initiativtext auch die Betreuung in Tagesfamilien mit ein.
- Aus diesen Gründen findet er die Schaffung eines städtischen Subventionsreglements wichtig und notwendig. Er hat seine Position bereits in der Vorlage Kinderkrippe Forsthaus formuliert - solides städtisches Grundangebot, weiterer Ausbau via Private und deren Unterstützung. Da fehlt ein solches Reglement tatsächlich.
- Der Stadtrat sieht seine Aufgabe darin, im Rahmen eines "Gesamtpaketes" zeitgemässe Rahmenbedingungen für den Aufbau und den Betrieb von Kindertagesstätten in unserer Stadt zu schaffen. Wichtig ist dem Stadtrat dabei, dass auch der Bereich "Betreuung in Familien/durchTagesmütter" in die Ueberlegung bzw. in die Subventionsverordnung einbezogen wird.
- Das erwähnte Gesamtpaket wird voraussichtlich ein Subventionsreglement (das heisst, eine rechtliche Grundlage in der Form einer Verordnung, die ein entsprechendes Subventionsmodell beinhaltet), ein darauf abgestimmtes Tarifreglement (Ueberarbeitung des bisherigen einkommensabhängigen Staffeltarifs mit dem Ziel, dass Eltern ab einem gewissen Einkommen die vollen Kosten eines Betreuungsplatzes übernehmen) und die entsprechenden Richtlinien bzw. Qualitätsstandards für die Bewilligung beinhaltet. Mit solchen zeitgemässen Rahmenbedingungen (vgl. Beispiel Winterthur) wären die Voraussetzungen geschaffen, Privatinitiative in diesem Bereich betriebswirtschaftlich sinnvoll zu unterstützen. Eine dafür mutmasslich nötige Volksabstimmung bietet zudem die Möglichkeit, den ganzen Themenkreis breit zu diskutieren.
- Weil das Thema (und die Bundessubventionen) nicht nur die Stadt, sondern den ganzen Kanton Schaffhausen betrifft - und zudem einzelne Bereiche (Aufsicht/Bewilligung) letztlich dem Kanton (Volkswirtschaftsdepartement) unterstehen, hat der Stadtrat dem Regierungsrat mit Schreiben vom 14. Juni 2001, die Gründung einer Arbeitsgruppe (Stadt/Kanton/Gemeinde und Wifö) beantragt. Ausserdem hat der Stadtrat die beiden Schaffhauser Ständeräte schriftlich gebeten, sich für die Verabschiedung des Impulsprogramms im Ständerat im Interesse unseres Kantons einzusetzen.

- Ziel ist es, sämtliche Grundlagen dieses "Gesamtpaketes" bis ins Jahr 2003 zu realisieren. Der Stadtrat wird dem Grossen Stadtrat voraussichtlich bis Ende 2002 entsprechend Bericht und Antrag erstatten.

Der Motionstext zielt primär auf die Schaffung des verschiedentlich erwähnten Subventionsreglementes ab und unterstützt dadurch den bereits eingeschlagenen Weg des Stadtrates. Der Stadtrat kann Ihnen deshalb die Ueberweisung der Motion beantragen."

Josef Eugster (SVP) Votum

"Ich sehe die Notwendigkeit dieser Motion zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht. Zum einen ist die Notwendigkeit eines Subventionsreglementes - wie aus der Vorlage des heute unter Traktandum 1 behandelten Geschäftes ersichtlich - durch den SR erkannt und unbestritten. Somit ist dieser Punkt erfüllt. Zu den erwarteten Bundes-Millionen ist zu sagen, dass es hier vorerst lediglich um einen parlamentarischen Vorstoss handelt. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür sind noch in weiter Ferne. Die Bedingungen für den Erhalt dieser Gelder für die Anschubfinanzierung müssen wir zuerst kennen, bevor wir dies machen können. **Darum stelle ich den Antrag, die Behandlung der Motion auszusetzen bzw. zurück zu stellen.**

Zur Motionsbegründung von Urs Tanner möchte ich noch folgendes sagen. U. Tanner nimmt Bezug auf Studien. Ich kann auch eine Studie in Auftrag geben, deren Ergebnis dann so heraus kommt, wie ich es wünsche. Das ist immer so bei den Studien. Konkret würde mich hingegen interessieren, was eine Kleinkind-Erzieherin im Kanton Tessin verdient. Und wie viele Krippenplätze hat der Kanton Neuenburg heute? Und wie viele Plätze hat er, wenn er sie verdoppelt?" Anmerkung der Redaktion: Urs Tanner hat in seiner Begründung die Zahlen aus dem Kanton Neuenburg genannt - siehe Seite 380 dieses Protokolls.

Raphaël Rohner (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP *

"Einleitend muss darauf hingewiesen werden, dass es bei vorliegender Motion nicht nur um die Schaffung einer Subventionsverordnung geht, die gleichsam als angenehme Nebenerscheinung einen Zugriff auf einen Anteil von in Aussicht gestellten Bundessubventionen sichern soll. Die weiteren Absichten sind transparent und auch eloquent formuliert und kommen im Motionstext wie auch in der soeben gehörten Motionsbegründung unmissverständlich zum Ausdruck: Es sollen mittelfristig in der Stadt Schaffhausen weitere Krippen- und Hortplätze geschaffen werden.

Diese Absicht muss bei einer Würdigung und Beurteilung der Motion berücksichtigt werden, weswegen zuerst auf einige grundsätzliche Ausführungen zur ausserschulischen Betreuung eingetreten werden muss:

- Die gesellschaftlichen Veränderungen in den vergangenen Jahren haben anerkanntermassen zu einer Neuausrichtung des Rollenverständnisses zwischen Mann und Frau und damit auch innerhalb der Familie geführt.

Die familiären Strukturen können nicht mehr verglichen werden mit denjenigen, welche auch nur beispielsweise in meiner Jugendzeit Bestand hatten. Hievon haben wir Kenntnis zu nehmen.

Die Gesellschaft ist nun aber auch gefordert, die daraus ebenfalls resultierenden Forderungen in Bezug auf neue Betreuungsstrukturen zuerst einmal sorgfältig zu analysieren, dazu Stellung zu nehmen und dann im geeigneten Moment die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

- Diese gesellschaftspolitische Grundsatzdiskussion ist nach Meinung unserer Fraktion noch nicht abgeschlossen, sondern sie muss noch eingehend weiter geführt, ja vertieft werden. Hier sind wir alle gefordert, mit zu machen.

Dabei ist zu beachten, dass in dieser Diskussion sehr kontroverse Standpunkte vertreten werden. So ist denn nicht zu übersehen, dass es gerade heute wieder eine recht grosse Zahl von Eltern gibt, die - mindestens bis zu einem gewissen Grad - an den traditionellen Strukturen festhalten wollen und die ausserschulische Betreuung gar nicht oder nur in geringem Umfang staatlichen Institutionen überlassen wollen. Davon haben wir auch Kenntnis zu nehmen.

Wir haben dieser Tatsache ebenso Rechnung zu tragen wie dem Umstand, dass umgekehrt und wohl genau so berechtigt, gut ausgebildete Frauen adäquate Angebote für die Unterbringung ihrer Kinder während ihrer Berufstätigkeit fordern. Letzterem kann aber weitgehend entsprochen werden, wenn die Schule entsprechende Blockzeitenmodelle einführt. Dazu brauchen wir also nicht unbedingt ausserfamiliäre und ausserschulische staatliche Betreuungsmodelle.

- Die Schule - von der ich soeben gesprochen habe - ist bereit, ihren Beitrag zu leisten. Echte Blockzeitenmodelle werden zur Zeit auch im Kanton Schaffhausen evaluiert. Sie bilden Gegenstand der auf kantonaler Ebene angelaufenen Diskussion über eine Schulreform.

Die Rahmenbedingungen aus Sicht berufstätiger Mütter werden in diesem Bereich mit grosser Wahrscheinlichkeit erheblich verbessert werden.

In diesem Bereich ist man also daran, die Hausaufgaben zu erfüllen und wird damit einen grossen Teil des angeführten Bedürfnisses der berufstätigen weiblichen Bevölkerung abdecken können.

- Im Hinblick auf die inhaltliche Stossrichtung vorliegender Motion der SP ist im Weiteren mit Nachdruck festzuhalten, dass die sogenannt ausserschulische, ausserfamiliäre Betreuung nicht jetzt schon allein dem Staat als Aufgabe zugeschoben werden kann und soll.

Erst wenn eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung sich im Rahmen der mehrfach erwähnten gesellschaftspolitischen Grundsatzdiskussion klar dazu bekannt hat, dass dies eine staatliche Aufgabe sein soll, werden wir definitiv über ein entsprechende Vorgehen und über den weiteren Ausbau des diesbezüglichen Angebotes diskutieren können.

Vorgängig wird dann aber auch zu klären sein, in welchen Zuständigkeitsbereich diese neue Aufgabe zu fallen habe. Bis dahin ist aber mit Bestimmtheit noch ein längerer Weg zu beschreiten.

- Nachdem es offensichtlich auch ein für die Wirtschaft bedeutsames Anliegen ist, stellt sich die berechnete Frage, inwieweit diese nicht auch in verbindlicherer Form als heute bei einer Finanzierung mit einbezogen werden kann und zwar so, dass der Staat auch mittelfristig eine Mitfinanzierung dieser Stellen durch die interessierten Industriebetriebe gesichert haben kann. Der Staat soll nicht das alleinige finanzielle Risiko tragen, wenn die wirtschaftliche Interessenlage ändert.

Staffeltarife entsprechend dem Einkommen werden zudem einen adäquaten Beitrag der ihre Kinder unterbringenden Eltern zum Ziel haben müssen. Bedürftigen Eltern und Alleinerziehenden muss geholfen werden; die übrigen sollen entsprechend ihren Möglichkeiten bei der Finanzierung beigezogen werden. Ich kann bereits jetzt entsprechende Offenheit unsererseits zu solchen Lösungen bei einer neuen Tarifordnung signalisieren.

- Nachdem nun aber auch - wie von Ratskollege Eugster bereits eingehend begründet - die konkreten Vorgaben des Bundes in Bezug auf die Subventionierung noch mehr als unklar sind und zwar insbesondere, was die Frage der vom Bund erwarteten finanziellen Leistungen der Kommunen bei einer Ausschüttung von Bundesgeldern betrifft, sprechen wir uns ebenfalls für eine Zurückstellung der Motion aus und unterstützen den diesbezüglichen Antrag der SVP/EDU.

Ich bitte Sie dabei, folgendes zu bedenken:

Die parlamentarische Initiative Fehr, der am 21. März 2001 dieses Jahres statt gegeben worden ist und auf die Ratskollege Tanner seine Motion in seiner Begründung abstützt, ist der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates zur Beratung überwiesen worden. Das ist alles.

Die Initiative selbst ist zwar relativ konkret formuliert, was ihre Forderungen betrifft, aber geregelt ist noch nichts.

Damit ist aber noch lange nicht gesagt, ob die von der Initiatorin geforderten Eckwerte tatsächlich in einer Gesetzesvorlage entsprechend den Vorstellungen der Initianten zum Tragen kommen werden, und welcher Verteilschlüssel schliesslich tatsächlich zur Anwendung kommen soll. Man soll auch bedenken, dass es bei dieser Forderung um eine Anschubfinanzierung für die Dauer von zwei Jahren geht und dass Frau Fehr mit der Plafonierung des Bundesbeitrages auf einen Drittel der jeweiligen Betriebskosten relativ niedrig geblieben ist mit ihren Forderungen in Bezug auf die vom Bund zu erbringenden Leistungen.

Diese Fragen bleiben zur Zeit unbeantwortet und werden wohl in Zukunft während des Gesetzgebungsprozesses noch verschiedentlich anders beantwortet werden.

Erst wenn die Eckwerte und Voraussetzungen auf eidgenössischer Ebene definitiv festgelegt sind, werden wir uns über die Notwendigkeit und den Inhalt einer Subventionsverordnung zu unterhalten haben.

Sachgerechte Entscheidungen können ohne Kenntnis dieser Vorgaben nicht getroffen werden; ebenso wenig kann auf dieser Basis eine haltbare Subventionsverordnung erlassen werden.

Jetzt schon eine Verordnung zu schaffen, die nach Inkrafttreten der einschlägigen Bundesgesetzgebung mit grösster Wahrscheinlichkeit bereits revisionsbedürftig sein würde, macht wenig Sinn.

Wir vergeben uns nichts, wenn wir mit Bedacht die Bundesgesetzgebung abwarten und hernach über Art und Umfang des Tätigwerdens debattieren.

Zur Zeit genügt es, wenn - wie von Stadtrat Urs Hunziker angekündigt - noch eine separate Tarifordnung, welche den effektiven finanziellen Möglichkeiten der unterbringenden Eltern oder Elternteile gerecht wird, in Arbeit genommen wird.

Unseren Willen, uns nicht vor der Diskussion und der Thematik zu verschliessen und konstruktiv bei der Lösung des Problems mitzuwirken, haben wir im Übrigen mit der soeben erfolgten Zustimmung zur Vorlage des Stadtrates betreffend des Kooperationsprojektes Forsthaus manifestiert.

Ein erster wichtiger Schritt ist somit dort getan worden, wo ein tatsächlicher Handlungsbedarf besteht. Der zweite Schritt wird mit der Tarifordnung folgen; weiteren Schritte gilt es abzuwarten."

An dieser Stelle erkundigt sich der Ratspräsident bei den beiden Antragstellern, wie ihr Antrag bezüglich Rückstellung der Motion zu verstehen sei - Abbruch der Debatte vor einem Entscheid?

Thomas Hauser (FDP) erinnert daran, dass man bei einer früheren Motion von B. Merlo in Sachen Polizei gleich vorgegangen sei, d.h. Vertagung des Entscheides und Belassung der Motion unter den pendenten Geschäften.

Esther Bänziger (SP) Votum

"Ich habe mich nicht so schön vorbereitet wie Raphaël Rohner, aber ich habe Vieles im Kopf. Ich finde es ein sensationelles Trauerspiel, was heute wieder abläuft. Sie waren vorher knapp bereit, 4 Plätzchen zuzustimmen. Sie stellen Studienergebnisse in Frage und nehmen Tatsachen nicht zur Kenntnis. Ich bin eine Lehrperson. Ich benötige überhaupt keine Studien. Ich arbeite seit 30 Jahren mit Kindern und deren Familien. Ich weiss "haargenau", was abgeht. Ich lese hin und wieder einen Artikel und bin froh, wenn meine Meinung auch unterstützt wird und ich sehe, dass ich da nicht allein stehe und nicht die Optik verschoben oder verloren habe.

Sepp Eugster hat gesagt, er möchte Zahlen hören. Winterthur ist einwohnermässig etwa doppelt so gross wie Schaffhausen. In Winterthur hat es zur Zeit 378 Krippenplätze. Dies sind 60 - 80 Plätze zu wenig."

Weiter zitiert die Votantin die neue Schaffhauser Jugendanwältin aus einem Wochengespräch in der az vom 19. Juli 01 unter dem Titel "Schwierige Jugendliche will niemand nehmen." Dort antwortete die Anwältin auf die Frage, ob hinter diesem zerstörerischen und problematischen Verhalten von Jugendlichen und Kindern nicht auch soziale Probleme stehen:

"Sicher. Die finanzielle Situation vieler Familien in der Schweiz ist schlimm. Professionelle Kinderbetreuung können sich oft nur sehr gut verdienende Eltern leisten, weil sie so teuer ist."

Auch wenn der niedrigste Tarif nur 12 Franken beträgt, ist das für viele Leute eben viel, weil sie vielleicht mehrere Kinder haben.

"Darum bleiben 40% der Kinder berufstätiger Väter und Mütter unbetreut auf der Gasse oder vor dem Fernseher. Ich bitte Herr Rohner, mir zuzuhören. Sehr viele Mütter, die auswärts arbeiten, brauchen ihren Verdienst für den unmittelbaren Lebensunterhalt. Leider sind es oft Migrantenfamilien, die sich keine gute Betreuung leisten können. (...) Diese Eltern realisieren nicht, was sie ihren Kindern antun (...)."

Die Jugendanwältin folgert schliesslich, dass das Erziehungsheim sehr viel teurer zu stehen kommt als Hort- und Krippenplätze. "Jugendliche, die wir aus Gesellschaft und Schule ausschliessen, bleiben in der Regel ein Leben lang Sozialfälle."

Die in der SPK und hier im Rat diskutierten Tarife müssen angehoben werden. Das ist das eine. Da sind wir alle einverstanden. Eltern, die es sich leisten können, sollen mehr bezahlen. Ganz wichtig wäre auch die Durchmischung in diesen Krippen für die soziale Kompetenz, die sich die Kinder in den Krippen erarbeiten sollen. Es braucht keine Studie für die Erkenntnis, dass gut betreute Kinder sich dann in der Schule besser einordnen.

Eines muss ich Ihnen sagen, Herr Rohner, wobei Sie das so gut wissen wie ich: Die Schule kann diese Probleme allein nicht lösen! Sonst haben Sie dann noch mehr Probleme bei der Rekrutierung von Lehrpersonen. Die Blockzeiten lösen vor allem im Kanton Schaffhausen mit den viel zu grossen Klassenbeständen dieses Problem absolut nicht. Wenn wir diese vielen Kinder dann den ganzen Morgen in der Schule auf einem Haufen haben und "hüten" müssen - dabei sollten wir förderorientiert unterrichten, binnendifferenziert und weiss nicht was - so ist das nicht möglich. Sie kennen die momentanen Probleme der Reallehrerschaft und wissen, dass es dort kriselt. Diese Familien ergänzende Betreuung braucht es. Dieses Problem kann die Schule nicht auch noch lösen. Es heisst Familien ergänzend und nicht Schule ergänzend.

Wenn Sie verfolgen, was jetzt der Gemeinnützige Frauenverein unter der Leitung von Frau U. Moser mit der Privatindustrie macht - ein Superunterfangen -, dann wissen Sie, dass dieser Verein dringend ein solches Reglement wünscht. Auch der Stadtschulrat und der Schulreferent wären dringend darauf angewiesen, dass dieses Reglement geschaffen würde. Es gibt überhaupt keinen Grund, dies jetzt hinaus zu schieben.

Ich möchte Sie sehr bitten, diese Motion jetzt zu überweisen, so wie es auch der Stadtrat vorschlägt."

Die Votantin verweist zum Schluss noch auf den Arbeitgeberverband, welcher in Zusammenarbeit mit Pro Juventute und Pro Familia eine Broschüre zum Thema ausserfamiliäre Kinderbetreuung heraus gegeben habe. "Der Arbeitgeberverband würde dies ja auch nicht tun, wenn es nicht nötig wäre."

Annina Keller (OeBS) Votum

"Wenn wir, Herr Rohner, schon eine Grundsatzdiskussion führen, möchte ich Ihnen die Perspektiven einer jungen Frau, die vielleicht in 2 bis 3 Jahren mit einem 100%-Pensum auf den Arbeitsmarkt "geworfen" wird, ein wenig schildern. Momentan habe ich eine Doppelbelastung Beruf/Studium. Sie sagen mir, in Zukunft würden wir Blockzeiten in Tagesschulen haben. Dann sei es kein Problem mehr für eine Frau, dann müsse man sich nicht mehr entscheiden zwischen Familie oder Beruf. Meine Perspektiven sind so, dass ich mich immer noch entscheiden muss zwischen Beruf und Familie. Auch wenn wir die Blockzeiten und die Tagesschulen haben, muss ich eine Pause von mindestens 4 Jahren einlegen, wenn ich mein Kind nicht zeitweise in einer ausserfamiliären Betreuung unterbringen kann. In meinem Berufsfeld bedeutet eine 3 - 4-jährige Pause "weg vom Fenster".

Weiter frage ich mich, weshalb Sie sich derart sträuben gegen etwas, das der Stadtrat bereit ist, in Angriff zu nehmen. Ich kann es nicht verstehen, wenn ich Sie so als jungen Mann hier sehe. Ich kann nur hoffen, dass es dannzumal jemanden gibt, der diese Betreuungsaufgabe mit mir teilt, denn der Staat und die Wirtschaft werden mir diese Aufgabe nicht abnehmen."

Christian Hablützel (SP) Votum

"Ich bin ein bisschen hin und her gerissen. Ich merke bei diesem Thema eine Doppelmoral, die mir nicht gefällt. Sie haben recht, Herr Rohner, wir fordern und wollen mehr Krippenplätze und zwar jetzt. Deswegen werde ich die Motion auch unterstützen. Ich muss mir aber vorstellen, dass es auf der bürgerlichen Seite Menschen gibt, die ein ambivalentes Verhältnis zu ihren Müttern bzw. zu den Frauen haben. Auf der einen Seite werden sie madonnenhaft hochgelobt als allein "Seeligmachende", auf der anderen Seite wird zum Teil eine konsequente gesellschaftliche Benachteiligung verfolgt, wenn es um die Rechte der Frau und die Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt geht. Das kann ich schlecht verstehen.

Ich kann Ihnen dies an einem Beispiel vielleicht etwas extrem erläutern. Nehmen wir die Steuergesetzgebung. Da geht es darum, dass man die Kosten der Kinderbetreuung abziehen sollte. Da wenden Sie sich konsequent gegen den vollen Abzug. Wenn ich Kinder betreuen lasse, schaffe ich Arbeitsplätze. Was jeder Gewerbetreibende praktisch mit einem Bordellbesuch über Gewinnungskosten abbuchen kann, wenn er Geschäftsfreunde einlädt - so sieht es das Steuergesetz vor - können alleinerziehende Mütter, wenn sie zur Arbeit gehen, die Betreuung ihrer Kinder (womit sie auch Arbeit schaffen) nicht unter Gewinnungskosten abziehen. Da stellen Sie sich konsequent auf die konservative Seite. Das kann ich schlecht verstehen.

Etwas anderes kann ich auch schlecht verstehen. Sie plädieren jetzt dafür, abzuwarten und die Sache hinaus zu schieben, bis alle anderen die Gesetze geschrieben haben. Diese Art von Politik ist eine ganz klare Verhinderungs-Strategie. Dann müssen Sie sagen: "Wir wollen diese Fremdbetreuung nicht." Dann können wir dies politisch diskutieren. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie in der Wirtschaftsförderung immer den voraus eilenden Gehorsam pflegen. Bevor die EU-Gesetzgebung die Märkte liberalisiert hat, stellen wir Berater für Hunderttausende von Franken an, welche allenfalls die Strategie entwickeln, wie wir uns in liberalisierten Märkten bewegen sollen, wir privatisieren Werke, bevor überhaupt die Bundesgesetzgebung durch die Volksabstimmung gegangen ist.

Ich finde das nicht unbedingt schlecht. Ich muss nur feststellen, dass Sie in diesen Fragen immer weit voraus eilen, so wie ich mir das von einem politischen Parlament vorstelle. Wir sind nämlich als Legislative gewählt und müssen in gewissen Fragen die Schrittmacher sein.

Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie in Wirtschaftsfragen mit einem Millionenaufwand die Volksmeinung auch noch beeinflussen, wenn es auf Abstimmungen zu geht.

Ich möchte Sie ermuntern, auch in sozialen Fragen und in Fragen, welche die Frauen und die Gleichstellung betreffen, einmal "den Finger heraus zu nehmen" und einen Schritt vorwärts zu gehen."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Verzeihen Sie mir meine Wortmeldung. Aber die Wirtschaftsförderung wurde von verschiedenen Votantinnen und Votanten angezogen. Ich möchte Ihnen einfach im Sinne einer Information sagen, dass es effektiv so ist, dass Firmen, welche sich hier ansiedeln und aus dem angelsächsischen und nordeuropäischen Bereich kommen, darauf warten, dass wir ausserfamiliäre Betreuungsplätze in welcher Form auch immer zur Verfügung stellen. Das ist eine Tatsache.

Ich habe anlässlich der heutigen Diskussion nicht das Gefühl gehabt, dass die bürgerliche Ratsseite eine Verzögerungstaktik einschlägt. Wenn ich es richtig verstanden habe, will man sicher sein, dass die Stadt nicht wieder im Umzug der Nettozahler ist und sich Bund, Kanton und die Arbeitgeber in die Büsche schlagen. Es ist so, dass es sich aufgrund von Umfragen bei Firmen gezeigt hat, dass sich diese nicht wahnsinnig begeistert zeigen, wenn es darum geht, diese Projekte zu unterstützen.

Es sollte gleichwohl möglich sein, die beiden Positionen zu vereinigen. Der Stadtrat hat 3 Jahre Zeit, um eine Motion zu erfüllen. Die Erfüllung dieser Motion kann doch so aufgegleist werden, dass wir die Bedenken der bürgerlichen Ratsseite ernst nehmen und die Motion quasi unter Vorbehalt einer genügenden bundes- und kantonsrechtlichen Anschubfinanzierung oder Zusatzfinanzierung entsprechend formulieren würden. Ich möchte auch nicht mit dem mangelnden neuen Finanzausgleich, mit einer sehr zurückhaltenden Stellungnahme seitens kantonaler Stellen - wenn man sie anspricht auf die ausserfamiliäre Kinderbetreuung, und mit einem Nettozahler-Status kommen. Da habe ich ein gewisses Verständnis. Auf der anderen Seite bitte ich Sie, doch auch zur Kenntnis zu nehmen, dass Schaffhausen eine kinder- und familienfreundliche Stadt mit gewachsenen Strukturen ist, in denen sich alle Bevölkerungsteile - auch die Grossstadträtinnen und Grossstadträte -wohl fühlen können."

Bea Hauser (SP) Votum

"Mir geht es noch schlimmer als Christian Hablützel. Ich verstehe die Welt nicht mehr, nicht mehr nur die bürgerliche Ratsseite. Sie haben doch vor einer knappen Stunde mit 44 : 0 Stimmen, d.h. einstimmig gerade mal 4 Krippenplätze genehmigt. SR Hunziker hat über die Vorarbeiten und die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zusammen mit dem RR informiert.

Die FDP Schweiz hat meines Wissens in der Mutterschaftsversicherung ein ähnliches Modell abgesegnet und publiziert. Ich weiss nicht, ob die FDP Schaffhausen nicht mehr eine Sektion der FDP Schweiz ist, weil sie letztere permanent rechts überholt, wie heute Abend zum Beispiel.

Zu Raphaël Rohner muss ich sagen: In einem haben Sie völlig recht; es ist unser Wunsch, dass die Stadt wenn möglich weitere Krippen- und Hortplätze bereit stellt. Dazu müssen wir die finanziellen Mittel sicherstellen. Wenn die Stadt die Ständeräte entsprechend aufgefordert hat, dann ist das auf gutem Wege. Raphaël Rohner, ich weiss nicht, in welchem Jahr Sie leben. Für mich ist diese Grundsatz-Diskussion schon lange abgeschlossen. Die Rolle von Mann und Frau, wie sie existiert und wie sie sein sollte, dieser Diskurs wurde geführt. Frauen lassen sich nicht mehr als Manövriermasse gebrauchen. Ich weiss nicht, was Sie denken, wie viele Prozente der Eltern in dieser Stadt noch die traditionelle Rollenteilung - er 100% Erwerbsarbeit - sie 100% zu Hause (Hausarbeit und Kinderbetreuung) praktizieren. Sie wären schockiert, wenn Sie wüssten, wie wenige Leute noch so leben.

Das Stichwort Wirtschaftsförderung hat mir der Stadtpräsident vorweg genommen. Mit den Neuansiedlungen kommen Leute aus der ganzen Welt nach Schaffhausen. Diese fragen bald, wo sie ihre Kinder unterbringen können. Da gibt es auch eine Tatsache - das bestätigt Ihnen die Cilag, Alcan und +GF+ -, dass eine Subventionsverordnung notwendig ist, wenn wir von den Firmen Beiträge einfordern wollen. Der Stadtrat ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen.

Die Subventionsverordnung ist nötig unabhängig davon, ob die parlamentarische Initiative Fehr auf Bundesebene greift oder nicht. Daher kann ich mich mit dem Vorschlag des Stadtpräsidenten, die Motion quasi unter Vorbehalt einer genügenden bundes- und kantonsrechtlichen Anschubfinanzierung oder Zusatzfinanzierung zu überweisen, nicht anfreunden.

Ich bitte Sie daher, der Überweisung der Motion zuzustimmen. Ein Zurückstellen der Motion kommt nicht in Frage.

Ich teile Ihnen jetzt schon im Namen der SP-Fraktion mit, dass ich die Abstimmung unter Namensaufruf beantragen werde."

Raphaël Rohner (FDP) Votum

"Ich danke, dass ich nochmals das Wort an Sie richten kann. Ich schein hier gleichsam der personifizierte Satan zu sein, der sich hier in diesem Ratssaal aufhält. Ich möchte mich aber nicht überschätzen in meiner Aufgabe und Funktion. Ich möchte Sie aber doch bitten, auch die Damen und Herren der Medien, zu bedenken, dass ich im Namen der Fraktion versucht habe, eine differenzierte Stellungnahme abzugeben. Sie können das schwarz auf weiss haben. Wir haben in dieser differenzierten Stellungnahme das Ergebnis unseres demokratischen Meinungsbildungs-Prozesses in der Fraktionsgemeinschaft wiedergegeben. Wenn man von Toleranz spricht, muss man auch attestieren, dass es in einer politischen Diskussion andere Meinungen gibt. Frau Bänziger, wenn Sie schon monieren in schulmeisterlicher Form, ich solle zuhören, dann kann ich hier nur erwidern, hören Sie auch gut zu, was gesagt wurde."

An dieser Stelle wiederholt der Votant das Wesentliche seiner Ausführungen, wie sie auf den Seiten 386 - 389 protokolliert sind.

Zur Bemerkung von Bea Hauser macht R. Rohner folgende Ausführungen: "Wir wissen sehr wohl, Frau Kollegin Bea Hauser, was im schweizerischen Parteiprogramm der FDP steht. Wir wissen aber auch eine differenzierte Beurteilung von einzelnen Vorstössen vorzunehmen, wenn wir sie mit dem vergleichen, was unsere Partei fordert.

Ich bitte Sie, auch wenn Sie emotional sehr aufgewühlt erscheinen, dies nochmals zu bedenken. Dann sehen Sie, dass wir gar nicht so neben den Schuhen stehen, sondern dass wir in Nuancen eine andere Meinung haben."

Gertrud Walch (SVP) Votum

"Es gibt tatsächlich verschiedene Gründe, weshalb wir zu diesem Rückstellungs-Antrag gekommen sind.

1. haben wir beim ersten Geschäft heute Abend der definitiven Weiterführung der Kleinkindergruppe "Zwärgli" im Rahmen des Gesamtkonzeptes Kinderhaus Forst zugestimmt. Damit verbunden ist auch die Absicht des Stadtrates, ein neues Tarif-System sowie eine Subventionsverordnung zu erstellen - siehe auch Seite 4/5 der stadträtlichen Vorlage (Positionierung des Stadtrates). Daher braucht es keinen besonderen Auftrag in Form dieser Motion.
2. erfolgt immer wieder die simple Aufforderung, wir sollen die Bundessubventionen in Bern abholen (egal ob bei Bauten oder bei diesem Projekt). Vergessen wird dabei, dass wir SteuerzahlerInnen auch diese Bundessubventionen zuvor mit unseren direkten Bundessteuern - nebst den Kantons- und Gemeindesteuern - zahlen. Die Details einer allf. Subventionierung der Anschubfinanzierung sind im Moment wirklich noch nicht klar.
3. handelt es sich bei der Anschubfinanzierung des Bundes um eine auf zwei Jahre befristete Aktion. Nachher muss die Stadt die Ausgaben allein finanzieren, ob jetzt - Marcel Wenger - seitens des Bundes eine grosszügige oder bescheidene Anstossfinanzierung geleistet wird. Haben wir die grössere Zahl an Hortplätzen und die gewünschte Zahl an Betreuerinnen, so verbleiben nach diesen 2 Jahren auch höhere Kosten für die Stadt. Wenn die Konjunktur nachlässt, kommen automatisch auch weniger Kinder in die Krippen. Die Kosten für die Infrastruktur und die Löhne der Betreuerinnen aber bleiben.

Wir wünschen keinen weiteren Ausbau, damit es nicht zum "Abschieben" der Kinder kommt. Es dürfen keine Anreize hiefür geschaffen werden.

Auch wenn eine Mutter ihr Kind teilzeitlich in eine Krippe oder in einen Hort geben kann, ist nicht gewährleistet, dass es in der übrigen Zeit von den Eltern oder der/dem Alleinerziehenden ausreichend betreut wird. Daher ist das ausserfamiliäre Betreuungsangebot auch nur eine Teillösung des Problems.

Es hat sich so angehört, wenn ein grösseres Kinderbetreuungsangebot da wäre, gäbe es wieder mehr Kinder. Dem ist entgegen zu halten, dass ein bescheidenes ausserfamiliäres Kinderbetreuungs-Angebot nicht der alleinige und hauptsächliche Grund für die tiefe Geburtenrate in der Schweiz ist. Ebenso wenig ist dies der Grund für die hohe Scheidungsrate.

Theresia Derksen (CVP) Votum

"Schon in der vorangehenden stadträtlichen Vorlage haben wir die Absicht des Stadtrates unterstützt, dass eine Subventionsverordnung erarbeitet werden soll. Die Diskussion in unserer Fraktion ging eigentlich dahin, weil im Motionstext von Urs Tanner steht: *"Diesen Steilpass der Bundespolitik müssen wir nützen."* Das ist eine Anspielung auf die erhofften Beiträge des Bundes. Deshalb stellt sich jetzt die Frage, ob wir ein Subventionsreglement erstellen sollen, bevor wir die Bedingungen des Bundes kennen. In dieser Frage hätte ich gerne noch die Stellungnahme des Stadtrates gehabt. Wenn ein Subventionsreglement Bezug nehmen muss auf die Bedingungen des Bundes, dann ist meines Erachtens eine Rückstellung der Motion zu befürworten, oder dann muss ich mich dem Votum vom Marcel Wenger anschliessen, der die Anregung gemacht hat, einen betreffenden Vorbehalt in den Motionstext hinein zu nehmen."

Ratspräsident Peter Neukomm macht Theresia Derksen darauf aufmerksam, dass im Antrag der Motion nichts vom Bund drin steht. "Massgeblich ist der Antrag."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Es geht hier um dieses Reglement. Der Gemeinnützige Frauenverein zum Beispiel ist darauf angewiesen. Ich möchte noch einmal kurz auf ein paar Sachen hinweisen. "Ich möchte die Arbeitgeber unbedingt mit einbeziehen." - Wir können Sie doch nicht dazu zwingen. Alle wissen, wie sich Frau Tschanen bemüht hat, Firmen dafür zu gewinnen, dass sie sich im Forsthaus engagieren. Sie wissen ganz genau, was passiert ist. Lediglich die Firma Knorr hat sich engagiert. Dies ist jedoch nicht die einzige Firma im Kanton Schaffhausen - zum Glück. Jetzt ist das +GF+ auf die Stadt zugekommen, weil sie selbst keine Krippenplätze einrichten will, obschon das +GF" nach wie vor eine der grössten Firmen in der Region ist.

Schliesslich noch zu Dir, Gertrud Walch - wir haben uns zwar schon oft darüber unterhalten - und zu Deiner Bemerkung *"keine unnötigen Anreize schaffen"*. Es ist nicht so, dass sich die SP dies wünscht, quasi als Weihnachtswunsch, sondern es geht darum, zur Kenntnis zu nehmen, dass 40% der Kinder und Jugendlichen ungenügend bis schlecht betreut werden. Sie machen aus schlechten Eltern keine guten Eltern, wenn Sie die Kinder zwingen, daheim zu sitzen. Vielen Kindern, denen es schlecht geht, geht es schlecht, weil es den Müttern vor allem zum Teil schlecht geht. Sie haben immer diese Schuldgefühle genau wegen diesen "äxgüsi" doofen Diskussionen, die wir hier immer führen bezüglich dieser Ideale und den Harmonievorstellungen von der trauten Familie zu Hause mit den 2 Kindern, welche wir schon lange nicht mehr haben, vom Mann, der genügend verdient, damit die Frau und Mutter sich gemütlich zu Hause fühlt und die Kinder am liebsten nicht einmal in die Schule schicken möchte.

Raphaël Rohner wirft mir vor, ich sei zu emotional. Hier habe ich tatsächlich Emotionen drin, weil ich mich seit Jahrzehnten dafür engagiere. Wenn ich die Emotionen heraus nehme, dann kann mich dies ja kalt lassen, ich kann mich hinsetzen und zuschauen, wie das Thema verschoben wird und weitere Unterlagen gesammelt werden. Ich sitze mit Ihren Kolleginnen und Kollegen seit Jahren in den entsprechenden Spezialkommissionen. Da muss ich leider gestehen, dass ich nicht so viel Vertrauen habe, weil ich daran zweifle, ob wirklich alle gesehen haben, dass es an Betreuungsplätzen mangelt. Daher können wir die Motion ruhig jetzt überweisen."

Josef Eugster (SVP) Votum

Der Votant wiederholt seine Äusserungen, wonach mit der Zustimmung zur Vorlage "Forsthaus", wo die Erstellung eines Subventionsreglementes unbestritten war, auch die Forderung der Motion Tanner erfüllt sei und man zuerst die Bedingungen für die Ausrichtung von Bundesgeldern kennen wolle.

An die Adresse von Bea Hauser führt Josef Eugster aus, dass die Cilag schon morgen Kinder ihrer Angestellten in die Krippe des Kantonsspitals schicken könnte. Aber auch hier stelle sich die Frage, wer dies bezahle. Die Cilag würde die Kinder schon schicken, aber zum Nulltarif.

Bezüglich "Forsthaus" ruft der Votant in Erinnerung, dass dort seines Wissens von den 4 Plätzen lediglich 3 an die Firma Knorr vergeben werden konnten. Es habe sich noch keine weitere Firma gemeldet.

"Grundsätzlich habe ich nichts gegen Krippenplätze. Doch es geht schliesslich um die Frage: Wer bezahlt sie?"

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin Votum

"Ein persönlicher Gedanke zum Voraus: Gerade den pechschwarzen Teufel, den sehe ich hier nirgends in den Bänken sitzen. Aber man wirft der Linken oft vor, sie sei ideologisch. Heute jedoch - scheint mir - bleibt die Rechte in ihrem eigenen Gedankengebäude hängen, und sucht alle Rechtfertigungen, dies plausibel zu begründen. Der Arbeitgeberverband jedoch erkennt eindeutig die Zeichen der Zeit, weil er es gewohnt ist, sich im Markt anhand der Realitäten zu orientieren. Tatsache ist doch, dass unsere hohen Lebensansprüche in vielen Familien nicht mit einem Einkommen gedeckt werden, und dass tendenziell die unteren Einkommen zunehmend weniger mit der Lohnentwicklung mithalten können. Die Gründe für die permanente berufliche Integration der Frauen - aus wirtschaftlichen Interessen - wurden bereits ausreichend angeführt. Im Übrigen täuschen wir uns gewaltig, wenn wir meinen, die wackligen Selbsthilfeprojekte oder gar unentgeltliche Kinderbetreuung würden in Zukunft noch funktionieren. Freiwillige sind heute Raritäten, die von allen sozialen Einrichtungen regelrecht gejagt werden. Auch freiwillige Dienste im privaten Bereich funktionieren nicht mehr, ausser sie basieren auf Gegenseitigkeit. Wenn heute eine Tagesmutter für Fr. 30.-- pro Tag inkl. Verpflegung ein fremdes Kind hüten soll, ist dies ein Hohn.

Wenn wir nicht vor der Realität die Augen schliessen wollen, müssen wir endlich faire Lösungen kreieren, um Familien zu unterstützen. Nehmen Sie endlich die eigenen Forderungen nach Standortförderung ernst, und packen wir die Chance der Initiative Fehr! Mit Abwarten und gut meinen ist überhaupt nichts gesichert.

Im Übrigen diskutieren wir hier über die ausserfamiliäre Betreuung als Angebot; es geht nicht um die zwangsweise Versorgung von Kindern in staatlichen Einrichtungen."

Bernhard Egli (OeBS) äussert sich zum Verfahren hinsichtlich der Behandlung einer Motion. Er verweist dabei auf die Geschäftsordnung des GrSR und zitiert die § 53 und 54.

Er zieht daraus den Schluss: " Wenn man ein Geschäft im Rat behandelt, dann wird dieses mit einer Abstimmung beendet."

Ratspräsident Peter Neukomm erinnert den Rat an dieser Stelle daran, dass die heutige Sitzung um 19.30 Uhr beendet werden muss, weil um 20.00 Uhr in der Rathauslaube eine Veranstaltung des ED stattfindet.

Es sind noch 9 RednerInnen auf der Liste.

P. Neukomm versucht, den gordischen Knoten zu durchschneiden. Er bittet die Ratsmitglieder, den Blick auf den eigentlichen Antrag der Motion zu werfen, wo es heisst: *"Der Stadtrat wird beauftragt, dem GrSR Bericht und Antrag zu stellen zu: **Erlass einer Subventionsverordnung, in welcher geregelt werden sollte, wieviel staatlich anerkannte Krippen und Horte an Subventionen seitens der Stadt Schaffhausen erwarten dürfen.**"*

So wie ich den Stadtrat jetzt verstanden habe, spielt es zwar schon eine Rolle, was von Bern kommt. Aber zum Beispiel der Gemeinnützige Frauenverein oder andere Vereine, die jetzt etwas auf die Beine stellen wollen, benötigen unabhängig von Bern eine Subventionsregelung. Daher muss sich der Stadtrat so oder so darüber Gedanken machen. Der SR hat 3 Jahre Zeit. Mit diesem offenen Motionstext wird doch nichts präjudiziert, dass in Bern etwas geschieht."

Der Ratspräsident bittet den Schulreferenten, hierzu Stellung zu nehmen.

Stadtrat Urs Hunziker

"Ich bin ohnehin Frau Theresia Derksen noch eine Antwort schuldig. Ich denke, die Antwort zielt in eine ähnliche Richtung. Die Erarbeitung eines Subventions-Reglementes steht letztlich sicherlich im Zusammenhang mit zu erwartenden Bundes-Subventionen. Aber die Ausgestaltung des städtischen Subventions-Reglementes wird unterschiedlich ausfallen, je nach dem, ob sich der Bund beteiligt oder eben nicht. Der Ratspräsident hat richtigerweise gesagt, dass der Gemeinnützige Frauenverein auch weiterhin darauf angewiesen sein wird, Subventionen zu erhalten. Auch der Kinderheim-Verein, dessen Präsident zu meiner Rechten sitzt, wird darauf angewiesen sein, Subventionen, welche jetzt einfach unter einem anderen Namen figurieren, zu erhalten. Aus diesem Grund kann ich Ihnen versichern, dass uns eine Annahme der Motion Tanner in diesem Sinne nicht einengt.

Peter Möller (GB), welcher ebenfalls noch auf der Rednerliste figuriert, verzichtet auf eine Wortmeldung.

Thomas Hauser (FDP) Votum

"Ich kenne das FDP-Parteiprogramm auch. Das FDP-Parteiprogramm schreibt Eigenverantwortung vor; diese muss gefördert werden. Wenn Familien und Industrie/Gewerbe das nicht hinbringen, so muss nicht immer der Staat voraus eilen und solche Plätze einrichten. Darum bin ich dagegen - ob Sie die Motion zurückweisen oder zurückstellen -, dass der Staat immer voraus eilt."

Alfred Zollinger (SVP) Votum

"Ich bin überrascht, hier stand wieder einmal die Emotion und nicht die Sache im Vordergrund. Die Sache ist ganz klar, es heisst Erlass einer Subventionsverordnung, welche, wie bereits mehrfach angetönt, wir beim vorherigen Geschäft als Schaffhauser Subventionsreglement beschlossen haben.

Ich sehe nicht ein, weshalb man im jetzigen Zeitpunkt, wo in Bern der Entscheid hinsichtlich Bundes-Subvention ansteht, eine zweite Sache aufgleist.

Ich bitte den Motionär, diese Motion zurück zu stellen, damit sie bei den pendenten Geschäften bleibt und nicht vergessen geht. Anderenfalls werde ich heute eine Überweisung dieser Motion ablehnen."

Hans Ith (SVP) Votum

"Wir diskutieren jetzt seit ca. 1 1/2 Stunden über diese Motion. Die bürgerliche Seite hat lediglich den Antrag gestellt, sie zurück zu stellen. Wir haben nicht den Antrag gestellt, diese Motion abzulehnen. Wir haben jetzt die Diskussion geführt. Ich bitte den Präsidenten, jetzt die Diskussion abzuschliessen und abzustimmen."

Diana Ceppi (OeBS) weist in ihrem Votum darauf hin, dass mit der Motion der Stadtrat lediglich aufgefordert wird, eine Subventionsverordnung zu erlassen und nicht zusätzliche Betreuungsplätze zu schaffen. Sie bittet um Überweisung der Motion, nachdem SR Hunziker im Namen des SR die Bereitschaft erklärt hat, diese entgegen zu nehmen.

Urs Tanner (SP) Schlusswort des Motionärs

"Es wurde ganz viel gesagt, was für mich eher erstaunlich ist. Aber nur drei Bemerkungen:

- Einen "contrat sozial" können wir hier nicht diskutieren, Raphaël Rohner. Da finden wir keinen Nenner.
- Die Begründung, weshalb die Motion zurück gestellt werden soll - nämlich der Bezug auf das vorangegangene Geschäft - interessiert mich nicht. In den entsprechenden Anträgen steht nichts von einer Subventionsverordnung.
- Ich bleibe bei meiner Motion, ist ziehe und stelle nichts zurück. Der Motionsauftrag ist dermassen offen gefasst, dass ich nicht verstehe, weshalb noch Vorbehalte eingebaut werden müssen.
Eine Verordnung, welche die Subventionen in der Stadt Schaffhausen bezüglich Krippen und Horte regelt, brauchen wir so oder so.
Ihre Interpretation, dass ich mehr Krippen- und Hortplätze möchte, ist richtig. Aber im Antrag geht es um eine Subventionsverordnung."

Bea Hauser (SP) stellt hier wie angekündigt den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf. Der Ratspräsident stellt fest, dass das hierfür notwendige Quorum von 10 Stimmen erreicht ist.

ABSTIMMUNG

Der Rat überweist die Motion mit folgendem Wortlaut unter Namensaufruf mit 25 : 21 Stimmen: (Die Liste liegt dem Protokoll bei.)

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem GrSR Bericht und Antrag zu stellen zu:
Erlass einer Subventionsverordnung, in welcher geregelt werden sollte, wieviel staatlich anerkannte Krippen und Horte an Subventionen seitens der Stadt Schaffhausen erwarten dürfen.*

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsident Peter Neukomm bricht an dieser Stelle die Behandlung der heutigen Traktandenliste ab. Er stellt in Aussicht, dass im Herbst evtl. eine Doppelsitzung abgehalten werden muss, falls es bis dahin nicht gelingen sollte, die lange Traktandenliste abzubauen.

Hierauf schliesst der Ratspräsident die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Di 11. September 2001